291. Donnerstag, den 12. Dezember 1867. 291.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 $^1/_2$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 $^1/_2$ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1 $^1/_4$ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 11. Dezember. Se Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Direktor **Bayer** von dem evangelischen Schullehrer-Seminar in Moers zum Regierungs- und Schulrath zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 11. Dezember, Abends. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand die Generaldebatte über den Gesetzentwurf bezüglich des finanziellen Ausgleichs mit Ungarn statt. Abg. **Herbst** vertheidigte die Anträge der Majorität und vertheidigte das Interesse der Staatsgläubiger. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Skene und mehrerer anderer Redner ergriff der Finanzminister das Wort, um den von ihm ausgeübten Einfluß bei den Ausgleichsverhandlungen nachzuweisen. Nach dem Zustandekommen des Ausgleiches erklärte der Minister, werde für die diesseitige Reichshälfte ein eigenes Ministerium ernannt werden. Den zusammentretenden Delegationen solle das Budget vorgelegt werden. Das cisleithanische Budget für 1868 sei auf 248 Millionen Ausgaben und 195 Millionen Einnahmen berechnet, ergebe mithin ein Defizit von 53 Millionen. Die jetzige Leistung Ungarns betrage 56, die früheren nicht über 54 Millionen. Die versprochene Summe werde aber sicher eingehen. Die Finanzwelt begrüße den Ausgleich mit Freuden, was aus den Kurssteigerungen für Staatspapiere sich ergebe. Die Kapitalien wenden sich wieder Eisenbahn-Unternehmungen zu. Der wahre Stand der Dinge sei nicht so schwarz, als man annehme. Die direkten Steuern weisen eine Mehreinnahme von 2,700,000, die indirekten eine Mehreinnahme von 3,500,000 Fl. über den Voranschlag auf; im Ganzen seien 21 Millionen mehr eingegangen, als im vorigen Jahre. Es sei schwer mit völliger Bestimmtheit zu sagen, daß eine Rettung noch möglich sei, vor der Hand sei aber immer noch Zeit, auf Abhülfe zu denken. Welche Maßregel die Regierung auch immer vorschlagen werde, ein Staatsbankerot werde es nicht sein. Der Minister schließt mit der Nachweisung, daß die Einnahmequellen noch einer bedeutenden Steigerung fähig sind.

Dresden, 11. Dezember. Nachm. „Das Dresdner Journal" veröffentlicht die sächsische Depesche, betreffend die Konferenz-Einladung. Der Wortlaut weicht in einigen wesentlichen Punkten von dem Texte ab, welchen einige deutsche Zeitungen neuerdings übereinstimmend veröffentlicht haben; namentlich fehlt im Original der in den Zeitungen enthaltene Schlußpassus über die wahrscheinliche Aussichtslosigkeit der Konferenz. Dem Sinne nach ist übrigens das von den Zeitungen reproducirte Schriftstück vollständig dem Originale entsprechend.

Auf der Leipzig-Dresdner Bahn ist in Folge starken Schneetreibens eine völlige Unterbrechung des Verkehrs eingetreten, welche von gestern Abend bis heute Mittag währte. Auch von Chemnitz und Berlin waren aus demselben Grunde die in letzter Nacht fälligen Züge bis Mittag hier noch nicht eingetroffen.

München, 11. Dezember, Vormitt. An unterrichteter Stelle wird die von mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, auf der hiesigen Militärkonferenz sei der feste Entschluß ausgesprochen worden, im Falle eines Krieges mit Frankreich einmüthig zu Preußen zu stehen, unter der Hinweisung für durchaus unbegründet erklärt, daß die Konferenz keinen Anlaß gehabt hat, sich mit einer derartigen Frage zu beschäftigen.

Stuttgart, 11. Dezember, Nachm. Die Abgeordnetenkammer beschloß, die Position für den württembergischen Gesandtschaftsposten in Florenz vom Etat des Auswärtigen zu streichen. Auf die Aeußerung des Abg. Hoelder, durch den Eintritt Württembergs in den Norddeutschen Bund könnten Gesandten überhaupt überflüssig gemacht werden, erklärte Frhr. v. Varnbüler: Die Regierung würde jede Kammer auflösen, die den Eintritt Württembergs in den Norddeutschen Bund beantragte.

Hamburg, 11. Dezember, Nachmitt. Die Elbe ist voll Treibeis, Segelschiffe können nur mit Hülfe von Dampfern passiren.

Nach einer Bekanntmachung der Hamburg-amerikanischen Packetschifffahrtsgesellschaft hat der Dampfer „Cimbria" nach Ausbesserung der beschädigten Schraube schon heute die Reise nach New-York fortgesetzt.

London, 11. Dezember Morgens. Graf Derby ist heute Morgen abgereist, Lord Stanley und Mr. Disraeli waren bei der Abfahrt zugegen.

Per Dampfer aus Newyork vom 28. November eingegangene Nachrichten melden, daß der Kriegsminister Grant eine Reduktion der Armee auf den Minimalstand angeordnet hat. Im Kongresse befürwortete General Butler die Rückzahlung der Bonds in Papier, sowie eine Vermehrung der Banknoten.

Berichten aus St. Domingo zufolge ist der Aufstand daselbst gegen Cabral unterdrückt worden.

Paris, 10. Dezember Nachmittags. In vergangener Nacht waren hier 9 Grad unter Null; jetzt Regen und Glatteis.

Paris, 10. Dezember, Abends. Gesetzgebender Körper. Bei der heute fortgesetzten Debatte über die Interpellation, betreffend Deutschland und Italien, warf Lanjuinais der Regierung Mangel an Voraussicht vor. Das Regiment sei ein zu persönliches. Frankreich möge es sich angelegen sein lassen, die Empfindlichkeiten Deuschlands zu schonen, aber auch darüber zu wachen, daß an seinen Grenzen keine erobernde Monarchie sich ausdehne, die, wenn auch nicht seine Existenz, so doch seine Handlungsfreiheit bedrohen könnte. Guéroult spricht sein Erstaunen darüber aus, daß Frankreich, welches in Rom den „Code civil" einführen wollte, im eigenen Lande die Lehren des „Syllabus" einzubürgern trachte. Redner beschwört die Regierung von einer Politik abzulassen, deren Konsequenzen unheilvoll werden könnten. Kerveguen greift die italienische Einheit an.

Alsdann findet die Abstimmung statt. Die Tagesordnung wird mit 231 gegen 23 Stimmen beschlossen. Guéroult wendet sich darauf in einer persönlichen Bemerkung gegen Kerveguen, welcher von der Tribüne herab einen Artikel des Journals „La Finance" vorgelesen hatte, worin behauptet war, das fünf große Pariser Zeitungen Geldsummen empfangen haben, um die auswärtige Politik zu unterstützen. Guéroult protestirt im Namen der Presse gegen diese Behauptung. Kerveguen hält dieselbe aufrecht und fügt beleidigende Aeußerungen hinzu, auf welche Guéroult mit einer drohenden Handbewegung erwidert, die ihm, unter großer Aufregung der Versammlung, den Ordnungsruf des Präsidenten zuzieht. Ollivier protestirt. Berryer tadelt Kerveguen.

„Presse" zufolge hat Finanzminister Magne seinen Bericht über die Finanzlage des Reiches vollendet. Derselbe weist angeblich nach, daß, wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, eine Anleihe noch nicht nothwendig sein wird.

Paris, 11. Dez., Abends. „Patrie" versichert, daß der Referent der Militärkommission des gesetzgebenden Körpers, Greffier, am nächsten Donnerstag seinen Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Armeeorganisation, der Kammer vorlegen werde.

Dasselbe Blatt glaubt auf Grund Florentiner Depeschen zu der Annahme berechtigt zu sein, die italienische Deputirtenkammer werde in der Abstimmung über die Interpellationen motivirte Tagesordnung annehmen, durch welche die Wiederholung des Beschlusses vom 20. März 1861, welcher Rom zur Hauptstadt Italiens proklamirte, vermieden werde.

Florenz, 11. Dez, Nachmitt. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die gestern begonnene Debatte ohne erheblichen Zwischenfall fortgesetzt. Massari hält eine Führung der Linken nicht für geeignet, um nach Rom zu gelangen. Crispi dementirt die ihm zur Last gelegte Abschreibung einer angeblichen Depesche Ratazzi's, des Inhalts, Garibaldi passiren zu lassen. [illegible] erklärt, die konservative Partei habe Ratazzi in keiner Weise ermuthigt, nach Rom zu gehen. Das Programm Garibaldi's sei das alte Programm [illegible].

Italienische Rente 51, 45, Napoleons 22, 38.

Petersburg, 11. Dezember. Die amtliche „Militärzeitung" meldet, daß der Kaiser definitiv die Einführung des Zündnadelgewehres nach dem Carl'schen System anbefohlen habe. Die Staats- und Privat-Gewehrfabriken sind schon angestrengt mit der Anfertigung der neuen Gewehre beschäftigt. Der Kaiser hat ferner verfügt, daß der neue Zolltarif erst vom 1. Januar 1869 ab einzuführen sei.

Belgrad, 10, Dezember. Nikola Krstic, Mitglied des Kassationshofes, ist dem Vernehmen nach zum diplomatischen Agenten Serbiens in Konstantinopel bestimmt. Die Ausführung des Projektes einer Eisenbahn zwischen Basiasch und Belgrad ist angeblich wegen ungenügender Garantie Seitens der serbischen Regierung gescheitert.

Auch ein Konflikt.

Die polnischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben, wie schon mitgetheilt, dem Kommissionsantrage gemäß für die vorbehaltlose Eidesleistung der dänischen Abgeordneten auf die Verfassung mit der Majorität gestimmt. Die Fraktion, ungewiß über die Aufnahme, welche dieses Verhalten bei den Wählern finden würde, sandte dem hiesigen „Dziennik" eine in ihrem Schoße redigirte ausführliche Rechtfertigung durch ihren Vorsitzenden, Dr. Libelt, ein, welche in dem Blatte auch abgedruckt wurde. Es fanden sich darin obenan die Gründe wiedergegeben, welche die Majorität für die bedingungslose Eidesleistung geltend gemacht hatte.

Das Schreiben behandelt die Frage der Zulassung der dänischen Abgg. als eine rein formelle; die durch Art. 5 des Prager Friedens der dänischen Bevölkerung zugesicherten Rechte werden durch den Eid nicht berührt. „Wir theilen, heißt es, nicht die Ansicht, als ob den preußischen Dänen, wiewohl sie im Prag r Traktat nicht vertreten sind, es nicht freistände, auf Erfüllung des Artikels zu dringen, der über ihre politische Zukunft verfügt. Sie könnten dies durch Sistirung ihrer Wahlen auf so lange, bis die allgemeine Abstimmung darüber entschieden hat, ob sie zu Preußen oder Dänemark gehören sollen und diese Abstimmung auf dem Wege der Petition beim preußischen Landtage zu erlangen suchen; oder sie können ihr Recht geltend machen durch rite gewählte Abgeordnete zum preußischen Landtage, die jedoch in diesem Falle verpflichtet sind, alle Bedingungen des preußischen Abg. zu erfüllen, zu denen selbstverständlich auch die Ablegung des Verfassungseides gehört. Die Verwahrung, welche die dänischen Abgg. ihrem Eide hinzufügen wollten, führte weder unmittelbar, noch mittelbar zum Ziele, sie war sogar überflüssig, wenn sie nicht eine bloße Manifestation sein sollte, denn auch ohne jede Verwahrung würden sie dieses Eides ledig, wenn die allgemeine Abstimmung den von ihnen repräsentirten Landestheil an Dänemark zurückgäbe."

Ein Eid mit Vorbehalt sei an sich unzulässig. „Wir begreifen, heißt es weiter, daß die Sympathie für Männer, welche zu einer Nationalität gehören, die, wie wir, die ihnen garantirten Rechte vergebens anrufen, manchem von uns bei der Abstimmung ein schmerzliches Gefühl erregte. Doch diese Sympathie konnte uns nicht nöthigen, Angesichts des Hauses die klaren Rechte der parlamentarischen Logik zu brechen und unserem Gefühl, nicht unserer Ueberzeugung zu folgen. Selbst in Rücksicht auf das Verhalten unserer Abgeordneten im Jahre 1850 konnten wir dies nicht. Sie haben damals den Eid auf die Verfassung ohne Vorbehalt abgelegt; denn sie konnten nicht anders, wenn sie auf der Grundlage der Verfassung, die unser politischer Rechtsboden wurde, unsere Rechte vertheidigen wollten, und wir, ihre Nachfolger, hätten für die dänischen Abgeordneten stimmen sollen, für welche die Verfassung vom 1. Oktober an ebenfalls bindendes Gesetz geworden ist?"

Im Hause sei das Votum nicht motivirt worden, einmal, weil die an sich klare Sache eine erhebliche Diskussion nicht hervorgerufen, sodann, weil die Fraktion gewohnt sei, ihr Votum nur dann besonders zu motiviren, wenn es von dem der Majorität abweiche. Demnach habe die Fraktion das vorliegende Referat durch besondere Abstimmung festgestellt. Uebrigens habe sich die Fraktion, bestehend aus 13 Mitgliedern, mit 8 gegen 2 Stimmen für die Zustimmung zum Kommissionsantrage entschieden, während drei sich der Abstimmung enthielten.

Das vorgenannte Blatt konstatirt nun heute, wir vermögen nicht zu beurtheilen, mit welchem Recht, daß durch diesen Beschluß zum ersten Mal die schöne Harmonie zwischen den polnischen Abgeordneten und ihren Wählern gestört worden. Die polnischen Abgeordneten hätten auf der Seite derer gestanden, welche den Repräsentanten einer Nation, die ihre Rechte verficht, die verlangte Rücksicht versagten, sie hätten sich mit ihrer eignen Existenz in Widerspruch gesetzt. Dieselbe parlamentarische Logik, auf welche sich die poln. Abgeordneten berufen, habe doch den Dr. Ellissen nicht verhindert, der Wahrheit Zeugniß zu geben. Wenigstens hätte man sich doch der Abstimmung enthalten sollen.

Wir zweifeln, ob der „Dziennik" seit gestern die Meinung der polnischen Wähler über das Verhalten ihrer Abgeordneten eingeholt hat. Was er heute an Argumenten gegen die Abstimmung beibringt, kommt ihm wohl nur aus der Minorität des „Kolko" zu. Die Vollmachtgeber werden sich darüber ebenso beruhigen, wie sie das Verhalten ihrer Abgeordneten im Jahre 1850 gutgeheißen haben, und der Konflikt wird höchstens im Schooße der Abgeordneten-

Deutschland.

Preußen. △ **Berlin**, 11. Dezember. Die heutige „Prov.-Korr." theilt die Kabinetsordre mit, durch welche der König das Entlassungsgesuch des Grafen **zur Lippe** genehmigt hat, die ich Ihnen schon vor einigen Tagen signalisiren konnte. Es geht daraus hervor, daß der vorige Justizminister schon am 11. vorigen Monats und zwar um vollständige Pensionirung nachgesucht hatte. Wie ich höre, wird derselbe wahrscheinlich auch ferner seinen Wohnsitz in Berlin nehmen. Sein Nachfolger, der Justizminister Leonhardt, wird zunächst nicht das Hotel des Justizministers, sondern eine Wohnung in der Nähe desselben beziehen, da die Regierung die Gelegenheit des Personalwechsels benutzen will, um den schon seit lange wünschenswerth gewordenen Umbau des Ministerialgebäudes in Ausführung zu bringen. — In Folge des Umstandes, daß der Etat für das **Ministerium des Innern** zum ersten Male einen Direktor nennt, hat sich in der Presse das Gerücht verbreitet, daß in diesem Ministerium eine neue Stelle errichtet werden solle. Das ist unrichtig, denn bereits seit vier Jahren besteht eine Eintheilung des Geschäftskreises in diesem Ressort. Die eine der zwei Abtheilungen, die das Verwaltungswesen umfaßt, steht unter der direkten Leitung des Unterstaatssekretärs von Sulzer, die andere, die politische Abtheilung, unter einem Direktor. Diese Eintheilung hat sich nun durchaus bewährt und ist, seidem durch die Anfügung der neuen Provinzen der Geschäftskreis sich noch erweitert hat, als künftighin unerläßlich anzusehen, und deshalb ist nun auch diese Stelle als eine ordentliche auf den Etat gebracht worden. Die Stellung des Unterstaatssekretärs wird dadurch in keiner Weise berührt.

Das Central-Bureau des Zollvereins hat eine Zusammenstellung in Bezug auf die Produktion des **Bergwerksbetriebes im Zollverein** während des Jahres 1865 veranstaltet und in diesen Tagen versendet. Es geht daraus hervor, daß der Zollverein und namentlich Preußen einen sehr bedeutenden montanen Reichthum besitzt. Das Haupterzeugniß sind Kohlen. Es sind während jenes Jahres in 667 Werken 436 Millionen Ctr. Steinkohlen mit einem Geldwerth am Ursprungsorte von über 40 Millionen Thlr. durch 108,567 Arbeiter producirt worden. Fast dieses ganze Quantum, nämlich 381 $^1/_2$ Millionen Ctr. mit einem Werth von 34 $^1/_3$ Millionen Thlr., ist in Preußen gewonnen worden, wo 445 Werke 93,040 Arbeiter beschäftigten. Die neuen Provinzen zeigen nur geringe Produktion, Hannover lieferte 6 $^1/_2$ Millionen und Hessen 3 Millionen Ctr., die anderen gar keinen Ertrag. Außer Preußen ist nur noch Sachsen mit 48 $^1/_4$ Millionen Ctr. und Baden mit 6 Millionen Ctr. zu nennen. Würtemberg, Hessen, Braunschweig u. s. w. hatten keine Steinkohlenbergwerke. Braunkohlenbergwerke besaß der Zollverein 891, aus welchen mit 23,152 Arbeitern 135 Millionen Ctr. Braunkohlen mit einem Geldwerth von 6 $^1/_2$ Millionen Thlr. gewonnen wurden. Bis auf ungefähr ein Viertel wurde diese Braunkohlenmenge in Preußen gefördert. Es zählte unser Land 568 Werke mit 16,038 Arbeitern, welche 105 Millionen Ctr. mit einem Werth von 5 Millionen Thlr. producirten. Die Ausbeute in den neuen Provinzen betrug in Hannover 122,000 Ctr, in Hessen 3 $^1/_4$ Millionen Ctr. und in Nassau 1 Million Ctr.

Ψ **Berlin**, 11. Dezember. Die gestrige Sitzung des **Bundesraths**, welche unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Grafen **Bismarck** stattfand, währte von 1–4 $^1/_2$ Uhr und wickelte den Rest der Geschäfte vom letzten Reichstage her ab. Der wichtigste

Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Feststellung des Programms für das Enqueteverfahren in Bezug auf die Gründung von Hypothekenbanken, dessen Grundzüge bereits amtlich mitgetheilt sind. — An Stelle des zum Justizminister ernannten Dr. Leonhardt ist der Geh. Obertribunalsrath Dr. Löwenberg als neuntes, und als zehntes Mitglied der mecklenburgische Geheime Regierungsrath Amtsberg in die Kommission zur Aufstellung einer allgemeinen Civilprozeß-Ordnung gewählt worden. Im Uebrigen ist der anderweite Bericht über die Sitzung noch dahin zu ergänzen, daß auch noch ein Handelsvertrag mit Spanien, ganz den bisher abgeschlossenen übrigen internationalen Verträgen entsprechend, vorgelegt worden ist. In Bezug auf die Petitionen ist zu bemerken, daß der Bundesrath auf die bekannte Petition des Rechtsschutzvereins nicht eingegangen ist. — Die Mitglieder des Bundesrathes waren gestern zum Diner bei dem Bundeskanzler geladen; die fremden Bundesrathsmitglieder haben gestern Abend und heute Morgen Berlin verlassen, da auch die Thätigkeit der Ausschüsse beendet ist. — Am Montag Morgen verabschiedete sich der Justizminister Leonhardt bei den Räthen, Anwälten und dem Hülfspersonale des Ober-Appellationsgerichts durch eine längere Rede, in welcher er hervorhob, daß und wie sehr er mit Genugthuung auf die Wirksamkeit des Ober-Appellationsgerichts hinblicken dürfe, dessen Organisation vollendet sei, wenn auch dies Resultat nur durch die allseitig große Thätigkeit der Mitglieder des Gerichtshofes zu erreichen gewesen wäre. Gerade in dem Moment, in welchem die Einrichtung vollendet war, sei er zu höherer Stellung und zur Erfüllung einer hohen und äußerst schwierigen Aufgabe berufen worden, welcher nun alle seine Kräfte zugewandt seien. Der Vicepräsident des Gerichtshofes Oberg erwiderte die Ansprache mit einem Dank für die bisherige Thätigkeit des scheidenden Präsidenten, der sich schließlich noch bei den einzelnen Richtern und Anwälten verabschiedete. Die Frage der Wiederbesetzung des Präsidentenpostens scheint bis zum Beschluß über das Gesetz wegen Vereinigung des Ober-Appellationsgerichts mit dem Obertribunal offen bleiben zu sollen.

— Die Resultate der Konferenzen, welche zwischen den Ministern und Abgeordneten aus der Provinz Preußen stattgefunden haben, werden nun in einer Konseilsitzung beim König zur Verhandlung kommen und dann soll das, was der Zustimmung der Landesvertretung bedarf, sofort vorgelegt werden. In den Berathungen sind Seitens der betheiligten Minister ziemlich weitgehende Zusicherungen gemacht worden. Der Bau der Eisenbahnen Thorn-Insterburg und Schneidemühl-Dirschau wird den Kammern vorgeschlagen und nach deren Zustimmung unverzüglich begonnen werden, und zwar ersterer an vier Stellen zugleich. Die Legung des zweiten Geleises und die dazu nöthige Verbreiterung des Planums der Ostbahn zwischen Dirschau und Eydtkuhnen wird ohne [illegible] vorhandenen Arbeits-Mangel und dem örtlichen Nothstande, gleichzeitig begonnen. Dem Provinzial-Chaussee-Baufonds und den einzelnen Kreisen werden Staatsvorschüsse in größerem Umfange als bisher gewährt. Den Fabriken der Provinz sollen, unter Voraussetzung der Tüchtigkeit, Staatsaufträge ertheilt und sie dadurch, wenn möglich, in den Stand gesetzt werden, Arbeiter dauernd zu beschäftigen. In jedem Kreise sollen Staats-Darlehnskassen errichtet und daraus unter Zuziehung angesehener Männer, Darlehen kleineren bäuerlichen Wirthen und Gewerbetreibenden gegeben werden. Auf die Leitung der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft soll gewirkt werden, daß sie den Eisenbahnbau zwischen Köslin und Danzig auch innerhalb Westpreußen sogleich beginne. Se. Majestät der König hat persönlich die Beschleunigung der Beschlüsse betrieben und namentlich auf die Unterstützung der Armen Bedacht nehmen lassen.

— Die vielbesprochene Ordre, mit welcher der bisherige Justizminister auf sein Gesuch vom König verabschiedet ist, hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem Ich aus Ihrer wiederholten Eingabe vom 11. v. M. mit Bedauern ersehen habe, daß die Rücksichten auf Ihren Gesundheitszustand, durch welche Sie Sich zur Beantragung Ihrer Pensionirung veranlaßt gesehen hatten, in verstärktem Maße fortbestehen, will Ich Ihnen die nachgesuchte Entlassung aus Ihrem Amte unter dankbarer Anerkennung der Mir in schwieriger Zeit mit Eifer und Hingebung geleisteten treuen Dienste mit Bewilligung der reglementsmäßigen Pension und unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers hiermit in Gnaden ertheilen. Ich verbinde jedoch damit die Hoffnung, von Ihren bewährten Diensten noch wieder Gebrauch zu machen. Als ein Zeichen Meiner Anerkennung habe Ich Ihnen Meinen Rothen Adler-Orden I. Klasse mit Eichenlaub verliehen. Berlin, den 5. Dezember 1867. (gez.) Wilhelm. (ggez.) Graf v. Bismarck."

B. A. C. — [Weiteres über den neuen Justizminister.] Alles, was wir über Dr. Leonhardts öffentliche Persönlichkeit hören, bestätigt, was v. Bennigsen von ihm sagt, „daß er kein politischer Charakter, aber ein ausgezeichneter Justizverwaltungsbeamter sei". Seine Urtheile in den ständischen Kommissionen und in den politischen Debatten waren stets klar und bestimmt, die Meinungen Anderer oft schroff ausschließend, und immer im Kreise seines Ressorts befangen. Hier dürfen wir aber entschiedene Reformen von ihm erwarten. Wie er schon früher öffentlich ausgesprochen hat, „daß kein Zweig der preuß. Staatsverwaltung der Reform so sehr bedürftig sei, als die Justizverwaltung", so soll er auch, wie schon früher bemerkt, für die Einführung der freien Advokatur entschieden günstig gestimmt sein. Die Einführung dieser wichtigen Reform soll auch am Grafen Bismarck einen Vertheidiger finden. Es ist nun zwar diese Uebereinstimmung von guter Vorbedeutung für dieselbe, gesichert aber ist sie durch dieselbe noch nicht; denn leider hat bei uns noch oft die Herrschaft der Geheimeräthe repressive Macht, selbst den höheren Kompetenzen gegenüber. Was wir schließlich an Graf zur Lippe verloren haben, wissen wir sehr genau; was wir mit Dr. Leonhardt gewinnen werden, ist in politischer Beziehung nicht vorauszusagen; für die Justiz aber in jedem Falle eine schöpferische Kraft, welche wohl geeignet ist, Bresche in die erbgesessene Herrschaft der alten Büreaukratie zu machen, die am Grafen zur Lippe ihren schroffsten Ausdruck gefunden hatte.

Breslau, 10. Dezember. [Eisenbahn.] Es lichten sich nach und nach die Nebel, in welche die neuen Eisenbahnprojekte unserer Provinz gehüllt waren. Während die Oberschlesische Eisenbahn in diesen Tagen die Generalversammlung ausschreiben wird, um unter Zinsgarantie des Staates durch Ausgabe von 13 Millionen Prioritäts-Obligationen eine Eisenbahn von Posen nach Thorn mit einer Zweigbahn nach Bromberg zu bauen, hat der Verwaltungsrath der Freiburger Eisenbahn in seiner letzten Sitzung beschlossen, der Direktion zu empfehlen, die nöthigen Schritte für den Bau einer Eisenbahn von Liegnitz über Glogau, Küstrin nach Altdamm (2 Meilen vor Stettin) und eine Eisenbahn von Jauer nach Ruhbank bei dem Handelsministerium zu machen, vorausgesetzt, daß der Herr Minister der Oberschlesischen Eisenbahn aufgiebt, ihr Projekt, eine direkte Eisenbahn von Breslau nach Frankenstein-Glatz auszuführen, erst nach Fertigstellung der Posen-Thorn-Bromberger Bahn (also nach etwa 4 Jahren) in Angriff zu nehmen, und daß der Herr Minister ferner bei der Oberschlesischen Eisenbahn es durchsetzt, daß die niederschlesische Kohle bei ihrem Uebergang auf die Oberschlesische Eisenbahn nicht höher tarifirt werde, als die oberschlesische Kohle.

Endlich will die Freiburger Bahn, als Fortsetzung der Linie Jauer-Ruhbank, einen Theil der Gebirgsbahn von der Staats-Regierung zum Kostenpreise erwerben, um hierdurch eine direkte Verbindung über Liebau mit Böhmen zu erlangen. (Bresl. Z.)

Sachsen. ⁒ Dresden, 10. Dez. Nichts kann das von der Regierung eingebrachte Wahlgesetz mehr verurtheilen, als die von den „Dresdner Nachrichten" gemachte Meldung, daß gutem Vernehmen nach hervorragende Mitglieder der ersten sächsischen Ständekammer mehrfache Veränderungen zu beantragen beabsichtigen, welche das Wahlrecht erweitern; namentlich werden sie, fährt das genannte Blatt fort, den Census von 2 Thalern durch einen niedrigern zu ersetzen bestrebt sein.

Um die Sache vollends anlockend zu machen, erklärt die, wie man weiß, offiziös wohl unterrichtete kleine Zeitung, wie sie glaube versichern zu dürfen, daß auch in der zweiten Kammer mehrere wohlangesehene Abgeordnete entschlossen seien, sich dieser Bewegung anzuschließen und wie also eine freisinnige Umgestaltung des Wahlgesetzes nicht zu bezweifeln wäre.

Um das Maaß voll zu machen, heißt es dann in dieser Mittheilung am Schluß:

„Die Regierung selbst beabsichtigt, die fünf neuen Stellen, welche ihr in der I. Kammer zustehen, durch die Präsidenten der fünf Handelskammern Sachsens zu besetzen, gewiß eine glückliche Wahl, zumal in der zweiten Kammer die besondere Vertretung des für das industriereiche Sachsen so wichtigen Handels- und Industriestandes nunmehr aufhören wird. Daß der größere Grundbesitz eine besondere Vertretung erhält oder b.hält, steht wohl fest."

Es will in der That etwas bedeuten, wenn die reaktivirten Ständekammern in Sachsen eine Regierungsvorlage zu reaktionär finden und zu dem Entschlusse gelangen, derselben eine freisinnigere Verbrämung geben zu wollen. Daß mit dieser das Gesetz von den Kammern angenommen werden wird, liegt außer allem Zweifel, denn selbst Bürgermeister Koch in Leipzig, der wegen seiner Anträge auf beschleunigte Erledigung der Wahlreform und nach dieser auf sofortige Einberufung der neuen Volksvertretung in der ersten Kammer von Zehmen so arg mißhandelt wurde, denn selbst Koch erklärt in der Antwort auf die ihm zu Theil gewordenen Zustimmungsadressen, daß er schon jetzt keinen Anstand nehme, es auszusprechen, wie er, obschon der Entwurf des neuen Wahlgesetzes und der Verfassungsänderung mit seiner Beibehaltung des Zweikammersystems, mit seinem hohen Census und mit seiner scharfen Trennung zwischen Stadt und Land gegenüber den durch Sachsens Eintritt in den Norddeutschen Bund völlig veränderten Verhältnissen den davon gehegten Erwartungen nicht entspricht, dennoch schließlich das in diesem Entwurfe Dargebotene nicht ablehnen werde, weil er anerkenne, daß die Reform der zweiten Kammer einen Fortschritt enthält, den zurückzuweisen er für bedenklich halten würde, weil nach seiner Ueberzeugung demnächst ein Mehreres auf geordnetem Wege nicht zu erreichen sei.

Daß die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes in Sachsen gegen die Regierung etwas durchsetze, dies ist, wie man hieraus erkennt, ein Gedanke, den selbst liberale Männer hier zu Lande zu fassen nicht im Stande sind, obschon gegenwärtig doch unleugbar sich eine respektabele Bewegung gegen das engherzige Wahlgesetz und für die Freiheit im Allgemeinen kundgiebt.

Oestreich.

Aus Nordöstreich, 6. Dezember. Die Rüstungen Serbiens haben in jüngster Zeit in so hohem Grade die Aufmerksamkeit der politischen Welt erregt, daß eine kurze Betrachtung der militärischen Kräfte des Landes gewiß nicht ohne Interesse sein dürfte. Serbien, ein Land, welches in der kurzen Zeit seiner Befreiung große Fortschritte gemacht, und in dem sich neben der nationalen Auffassung eine gesunde selbstständige Politik entwickelt hat, wird gewöhnlich, als der weit vorgeschobene, einerseits die Donau und andererseits die Pässe nach Rumelien beherrschende Vorposten für die russischen Feldherrn und Staatsmänner von unschätzbarem Werthe geschildert. Man braucht nicht in Serbien gelebt zu haben, um zu wissen, wie weit es als Vorposten fremder Armeen gelten könne. Es wird für diese nur ein Vorposten sein, wenn es eine freundliche und seine nationalen, politischen und materiellen Interessen unterstützende Heeresmacht im Bunde hat. Insofern würde Rußlands Heer als Hilfstruppen, aber nur als solche willkommen sein. Nie wird sich aber Serbien als Mittel zu fremden Zwecken gebrauchen lassen. Das Bewußtsein des Volkes ließe das nicht zu. Die Serben sind keine gemietheten Söldlinge, sondern begeisterte Freiheitskämpfer, beseelt und durchdrungen vom reinsten Gefühle für ihr geliebtes Vaterland. Und nicht nur im engern serbischen Vaterlande, im Fürstenthume, sondern in allen von Serben bewohnten Ländern wird sich der Ruf nach Freiheit und gegenseitiger Unterstützung wie ein elektrischer Strom verbreiten. — Das serbische Heer, der Stolz seines Schöpfers, des nun regierenden Fürsten, zählt nach der Eintheilung vom 1. Juni 1865 in fünf Armee-Korps à 25,000 Mann in 18 Brigaden 125,000 wohlgeübter und gutbewaffneter Truppen. Einige militärische Statistiker sind daher im großen Irrthume, wenn sie nach den gewöhnlichen Normen der stehenden Heere die Macht Serbiens nur auf 25 bis 30,000 Mann schätzen. In Serbien ist nämlich die Organisation des Volksheeres eingeführt, weshalb nach dem Muster der Schweiz die über 1 Mill. zählenden Einwohner ohne große Schwierigkeit 125,000 Mann ins Feld stellen können. Sehen wir nun, wie es dagegen mit den türkischen Streitkräften sich verhält. Nach den Berichten des türkischen Kriegsministeriums betrug die Streitmacht des osmanischen Staates im letzten Kriege gegen Rußland im Ganzen 217,000 Mann. Diese Truppenzahl war nur mühsam zusammengebracht. Freilich ist jetzt der Sollstand der kaiserlichen Armee auf dem Papier fast 400,000 Mann; der traurige Effektivbestand zeigt aber blos 183,000 Mann. Der Sollstand begriffe in sich sowohl die asiatischen Provinzen, als die Hilfs-Kontingente von Egypten, Tunis und Tripolis. Nun können die Besitzungen in Asien und Afrika nicht von allen Truppen entblößt werden, und bedenkt man, daß der höchste Stand des türkischen Heeres nach offiziellen Berichten niemals über 280,000 Mann ging, so können im besten Falle höchstens 200,000 nach Europa detachirt werden. Dieses Militär, schlecht gekleidet und genährt, elend disziplinirt und bewaffnet, wäre nicht im Stande, einer gemeinsamen Empörung der türkisch-europäischen Besitzungen zu begegnen, noch weniger zugleich in einen Krieg mit Griechenland, Serbien, den Donau-Fürstenthümern und Montenegro sich einzulassen. Mann braucht nur dieses zusammengelaufene Gelichter von Offizieren und Mannschaften der türkischen Armee gesehen zu haben, um auf ihre Mannöverfähigkeit zu schließen. Um Serbien, das faktisch selbstständig dasteht, gruppirt sich eine große Ländermasse, bewohnt von südslawischen Stämmen. Diese alle blicken — von der Türkei gedrückt — auf Serbien, wie auf ihren Erlöser, und es ist fast mit Gewißheit anzunehmen, daß jene mit Serbien stamm- und religionsverwandten Völkerschaften bei einem Kriege gegen die Türkei gleichfalls thätig mitwirken — und für die serbische Armee ein nicht zu verachtendes Hilfs-Kontingent bilden würden. (Bresl. Ztg.).

Großbritannien und Irland.

London, 7. Dezember. Die maßlosen Aeußerungen der französischen Minister gegen Italien in der französischen Kammer erregen hier unglaubliches Aufsehen. Solche Sprache gegen eine befreundete und, wie es bis vor Kurzem noch hieß, alliirte Regierung ist allerdings wohl in keinem öffentlichen Berathungssaale noch gehört worden, und ziemlich allgemein wird hier daraus der Schluß gezogen, daß die italienisch-französische Allianz und das Konferenz-Projekt obendrein über Bord geworfen sei. In diesem Sinne äußern sich die „Times" und „Daily News" ziemlich gleichlautend. Letztere schreibt: „Es giebt eine gewisse Rhetorik, die verfallenden Reichen eigenthümlich ist. Sie ist das natürliche Produkt des Cäsarismus, stand unter den römischen Kaisern in vollster Blüthe und will niemals überzeugen, da sie nicht Meinungsäußerung der Nation, sondern der Palastgewalten ist. Rouhers (des „kaiserlichen Danton") letzter Triumph hat in einem einzigen Satze die italienische Allianz und die letzte schwache Hoffnung auf das Zustandekommen der Konferenz zerstört. Denn wenn die ewige Ausschließung Roms aus dem geeinigten Italien Konferenzbasis sein soll, ist es nicht nur für Italien, sondern für jede der andern Mächte unmöglich die Konferenz zu beschicken. Einen Platz giebt es, wo Rouhers Beredsamkeit von Herzen gebilligt werden wird. Dieser Ort ist Berlin und es wäre erstaunlich, wenn Graf Bismarck ihm nicht durch den preußischen Gesandten eigens gratuliren ließe ... „Wir hoffen zuversichtlich — so schließt der Artikel — daß die Italiener vernünftig genug sein werden, sich durch Rouhers rhetorische Anstrengungen weder einschüchtern noch erbittern zu lassen. Sie müßten den ihnen eigenen politischen Instinkt nicht besitzen, wenn sie ihm nicht in ihrem Herzen dankbar wären. Seine Behauptungen enthalten am Ende doch gar nichts, was verhindern konnte, daß die Zeit und das günstige Ungefähr ihre besten Verbündeten bleiben. Geduld wird größere Wunder als das Chassepot bewirken."

London, 9. Dezember. Trotz unfreundlichen Wetters ist der gestrige Trauerzug in Dublin, welcher das Andenken der drei in Manchester hingerichteten Märtyrer feierte, unter sehr bedeutender Betheiligung von Statten gegangen. Die niedrigste Schätzung zählte mindestens 16,000 Menschen, darunter 3- — 4000 Frauen, in dem Aufzuge; während andere Gewährsmänner 25- — 30,000 gesehen haben wollen. Die meisten trugen grüne Kokarden, Schärpen oder sonstige Embleme von irischer Farbe. Drei Särge mit den Namen Allen, O'Brien und Larkin als Aufschrift erblickte man an der Spitze des Zuges; ihnen folgte eine lange Reihe von Trauerwagen. Eilf Musikcorps spielten den Todtenmarsch aus Saul, das „Adeste Fideles" und andere Melodieen religiösen oder nationalen Inhalts. Der Kirchhof Glasnevin war das Ziel der Wanderung; hier hielt John Martin eine heftige Rede gegen die verbrecherische Politik Englands, verurtheilte die Hinrichtung der drei Fenier als eine That britischer Tyrannei und Mordlust. Von Furcht und Haß getrieben, habe England die Unabhängigkeit Irlands zerstört. Irland erdulde Schimpf, Raub, Verarmung und Knechtung, wie sie nie einem andern Volke zu Theil geworden. Aber irische Männer, durch angelsächsische Schergen aus der Heimath vertrieben, hätten in Amerika das Waffenhandwerk erlernt und seien entschlossen, gegen England in den Krieg zu ziehen. Das habe den Tyrannen neue Angst eingejagt, und daher griffen sie zum Justizmord, um die tapfern Söhne der grünen Insel zurückzuschrecken. In dieses Furioso hinein regnete es fortwährend; die kalte Nässe aber vermochte das heiße Blut des fenischen Volkstribuns nicht abzukühlen. Die Ruhe blieb bei alledem ungestört, und die Dienste der Truppen, welche den Tag über in den Kasernen unter Waffen standen, konnten glücklicher Weise entbehrt werden.

Frankreich.

— Herr v. Girardin veröffentlicht in der „Liberté" einen offenen Brief an den Grafen Bismarck, in welchem er diesem Staatsmanne unter vielen Komplimenten nahe legt, daß sein Werk der deutschen Einigung nur dann von Dauer sein würde, wenn Deutschland sich freiwillig entschlösse, Frankreich seine natürlichen Grenzen, also das linke Rheinufer, wiederzugeben. Sonst würde, meint Herr von Girardin, über kurz oder lang auch in Frankreich der Bismarck erstehen, welcher diese berechtigte Forderung auf seine Fahne schriebe und dann die ganze Nation mit sich fortrisse. Kann Herr v. Girardin wirklich glauben, mit derartigen Plaudereien mehr auszurichten, als etwa die Befestigung seiner Landsleute in gewissen fixen Ideen?

Italien.

— Als ein interessanter Nachtrag zur Garibaldischen Campagne geht uns ein Tagesbefehl zu, den der courageuse Führer einige Tage vor seinem Rückzuge erließ:

„Die Florentiner Regierung hat eine Invasion des römischen Territoriums, welches wir den Feinden Italiens mit kostbarem Blute abgerungen haben, angeordnet. Laßt uns unsere Brüder von der Armee herzlich empfangen, und in der Vertreibung jener Miethlinge der römischen Tyrannei unterstützen. Sollte aber die schmähliche Handlungsweise, welche mit der feigen Septemberkonvention begonnen wurde, den Jesuitismus so weit treiben, den Befehlen

des 2. Dezember dienstbar zu werden, so erkläre ich im Angesicht der Welt, daß ich der einzige römische General bin, welcher von der einzig legalen, durch allgemeine Abstimmung erwählten römischen Regierung ernannt ist; daß ich das Recht habe, dies meiner Gewalt untergebene Territorium besetzt zu halten; und daß meine Freiwilligen, die Vertheidiger der italienischen Einheit und Freiheit, entschlossen sind, das durch Parlamentsbeschluß zur Hauptstadt erklärte Rom zu erobern, und die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis das nationale Territorium in seiner ganzen Ausdehnung unser Eigenthum und die Freiheit des Gewissens wieder hergestellt ist, die Soldaten der Tyrannei aber vernichtet sind."

Daraus ergiebt sich, daß Garibaldi es für wahrscheinlicher hielt, von den italienischen als von den französischen Truppen angegriffen zu werden. Er verhart in diesem Wahn bis zum Tage der Schlacht von Mentana, weil er es für moralisch unmöglich ansah, daß der Kaiser Napoleon sich als offener Widersacher der italienischen Nation enthüllen könne.

— General de Failly hat sich am 2. d. bei dem Papste verabschiedet. Vor der Abschieds-Audienz empfing er die päpstlichen Offiziere und erklärte ihnen im Wesentliches folgendes: „Seien Sie ohne Besorgniß. Wir verlassen Rom, um die beginnenden Unterhandlungen zu erleichtern, allein wir bleiben in Civita-Vecchia. Mögen Sie wissen, daß hinter der Brigade, welche dort zurückbleibt, die ganze französische Armee steht."

Rußland und Polen.

— Der livländische Landtag ist am 5. Dezember wieder geschlossen worden. Die „Rigaische" und die „Revalsche Zeitung" besprechen nun auch den offiziösen Artikel der „Nord. Post", der nach ihrer Meinung nur gegen die moskowitische Presse gerichtet und die baltischen Provinzen „von großen politischen Sorgen zu erleichtern geeignet" ist, da er „die wichtigsten Lebensfragen aus der unbestimmten Sphäre der Administration in die Sphäre des Rechts und des Gesetzes erhebt". Die „Rigaische Zeitung" vom 6. Dezember bemerkt: „Haben wir auch keine allgemeine Verbriefung des Grundsatzes de nobis nil sine nobis, so hat doch für unsere Privilegien bisher gegolten, daß wir von ihnen nichts ungehört verlieren sollen. Zum Gehörtwerden gehört aber sich Gehör verschaffen, und deshalb wollen wir, wenn die politischen Wogen an unserem Ostseestrande branden, nicht vergessen, daß wir stets noch an zwei Instanzen zu appelliren haben — an unser gutes Recht und an unseren guten Kaiser! — Wie der „Wiln. Bote" berichtet, sollen auf Grund einer Verordnung der in Wilna bestehenden Kommission für die Angelegenheiten der Juden alle hebräischen Schulbücher ins Russische übersetzt werden. Außerdem wird im betreffenden Lehrbezirk über die Frage der Verschmelzung der jüdischen Schulen mit den allgemeinen berathen.

Vom Landtage.

14. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 11. Dezember. Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt mit mehreren Kommissaren, später Graf Bismarck und Graf zu Eulenburg

Ein Antrag der Abgg. Twesten und Lasker auf Abänderung der bestehen- Geschäftsordnung für die Behandlung von Gesetz-Entwürfen im Hause u. s. w. wird der Kommission für die Geschäftsordnung überwiesen. Ein anderer Antrag (der Namen des Antragstellers war nicht zu verstehen), betreffend die Aufhebung des Verbotes der Wiedertrauung gerichtlich Geschiedener soll durch Schlußberathung erledigt werden. (Referenten Twesten und v. Lingenthal.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) berichtet für die Budget-Kommission über den Gesetzentwurf betr. die Regelung des Etats- und Rechnungswesens in den neu erworbenen Landestheilen mit Ausschluß Frankfurts für 1867. Die Vorschläge der Kommission weichen von der Vorlage darin ab, daß in §. 1 („der Rechnungslegung über den Staatshaushalt in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 mit der Monarchie vereinigten Landestheilen mit Ausschluß des Gebiets der vormals freien Stadt Frankfurt sind für das Jahr 1867 die Finanz-Etats zum Grunde zu legen, welche durch die Verordnung vom 10. Januar 1867 u. s. w. festgestellt sind) „sind auch für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1867 u. s. w." gesagt werden soll.

§. 2 lautet in der Fassung der Kommission, welcher die Regierung zustimmt: Die Prüfung der Dechargirung der Rechnungen über den Staatshaushalt in dem §. 1 genannten Landestheilen erfolgt für das Jahr 1867, unbeschadet der verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung, rücksichtlich der Entlastung wegen der Rechnungen für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1867, durch die Behörden und in den Formen, welche durch die Verordnung vom 31. August 1867, betreffend das Rechnungswesen in den neuen Landestheilen (Gesetz-Sammlung S. 1442) bestimmt sind. §. 3. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Abg. Miquel beantragt den §. 2 so zu fassen: „Die Prüfung und Feststellung der Rechnungen erfolgt durch die Behörden und in den Formen, welche durch die Verordnung vom 31. August 1867, betr. das Rechnungswesen in den neuen Landestheilen bestimmt sind. Es sind die Rechnungen jedoch dem Landtage zur Entlastung vorzulegen."

Ref. Abg. Dr. Braun: In dem Budget für 1867 sind die neuen Provinzen noch nicht mit eingeschlossen, weil die Verfassung dort erst am 1. Okt. c. eingeführt wurde. Es mußten deshalb anderweit budgetmäßige Normen aufgestellt werden, und ist dies für alle jene Landestheile, mit Ausnahme von Frankfurt a. M., wo noch Verhandlungen über die Trennung der Staats- und Stadtverwaltung schweben, durch verschiedene königliche Verordnungen geschehen. Dazu war die Regierung für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober berechtigt, aber für die Zeit vom 1 Oktober ab ist für die Etatsfeststellung die Mitwirkung der Landesvertretung erforderlich. Es erschien nun nicht zweckmäßig aus diesem Grunde das Jahr in zwei Etatsperioden, die eine die drei ersten Quartale, die zweite das letzte Quartal umfassend, zu zerlegen, da viele Etatspositionen ihrer Natur nach eine solche Theilung gar nicht zulassen. Die Etats sind deshalb für das ganze Jahr 1867 aufgestellt, und es ist durch die königlichen Verordnungen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. die nachträgliche Zustimmung des Landtags vorbehalten worden. Der §. 1 des Gesetzes sucht diese Zustimmung nach, der § 2 regelt die Revision und Dechargirung der Rechnungen für 1867. Vom 1. Januar 1868 ab wird der allgemeine Staatshaushaltsetat die neuen Provinzen mit umfassen, und die Prüfung der Rechnungen alsdann der Befugniß der Oberrechnungskammer zustehen. Ueberwiegende Gründe der Zweckmäßigkeit sprechen dafür, diese Behörde jetzt noch nicht mit dieser Funktion zu betrauen, sondern dies den durch königl. Verordnung vom 31. August eingesetzten besonderen Rechnungskommissionen zu überlassen, da diese mit allen dabei in Betracht kommenden Verhältnissen schon genau vertraut sind. Auf diese Weise würden am besten die Verhältnisse der neuen Landestheile aus der Uebergangsperiode in die geordneten Staatsverhältnisse des preußischen Staates übergeführt werden. — Die Budgetkommission hat in den §§. 1 und 2 nur einige formelle Aenderungen vorgeschlagen, die den Zweck haben, es auch formell außer allen Zweifel zu setzen, daß vom 1. Oktober d. J. an sämmtliche Vorschriften der preußischen Verfassung auch in Betreff des Budgets und des Rechnungswesens in den neuen Landestheilen maßgebend sind. Ich bitte Sie, die Kommissionsvorschläge anzunehmen.

Die Generaldiskussion wird eröffnet.

Finanzminister v. d. Heydt: Es dürfte wohl zur Abkürzung der Verhandlungen beitragen, wenn ich von vornherein das Einverständniß der Regierung mit allen Amendements der Kommission erkläre. Ich muß mich jedoch gegen das Amendement Miquel erklären, weil dasselbe die Verhältnisse durchaus unberücksichtigt läßt, die bis zum 1. Oktober d. J. in den neuen Landestheilen thatsächlich und gesetzlich bestanden haben.

Abg. Miquel empfiehlt sein Amendement. Die Kommission war bemüht, die Verfassungs-Bestimmungen über die Entlastung der Rechnungen durch ihre Amendements zu wahren. Es ist dies jedoch nicht vollständig gelungen; dazu kommt noch, daß der von der Kommission gewählte Ausweg praktisch unzweckmäßig ist und zu keinem Resultate führt. Die Kommission will für die Zeit vom 1. Oktober bis ult. Dezember 1867 eine besondere Entlastung der Rechnungen durch das Abgeordnetenhaus haben; dies ist aber unmöglich, da die Rechnungen für das ganze Jahr einheitlich aufgestellt sind, und die Ausgaben und Einnahmen auf Grund des Jahresbudgets gemacht sind. Mein Amendement soll deshalb dem Abgeordnetenhause die Entlastung der Rechnungen für den ganzen Zeitraum wahren; nur so ist eine sorgfältige und wirkliche Prüfung möglich. Es soll dadurch keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die Regierung das Recht gehabt hat, bis zum 1. Okt. für die Führung und Entlastung der Rechnung einen abweichenden Modus aufzustellen; der von mir vorgeschlagene Weg ist aber der einzige, auf dem für das Abgeordnetenhaus das ihm vom 1. Oktober an zustehende verfassungsmäßige Recht gewahrt und der Uebergang in gesetzlicher Weise angebahnt werden kann.

Abg Grumbrecht: das Amendement Miquel trage den vom 1. Januar bis 1. Oktober in den neuen Landestheilen bestandenen rechtlichen Verhältnissen nicht genügend Rechnung.

Ref. Abg. Braun (Wiesbaden) tritt gleichfalls dem Amendement Miquel entgegen; dasselbe bleibe in seiner praktischen Wirkung meilenweit hinter seinem theoretischen Zwecke zurück.

Es folgt die Spezialdiskussion. §. 1. der Kommissionsvorlage wird ohne Debatte angenommen.

Zu §. 2. empfiehlt Abg. Miquel nochmals sein Amendement.

Abg. Runge: Artikel 104. der Verfassung bestimmt, daß die Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat von der Ober-Rechnungskammer festgestellt werden sollen. Von dieser Bestimmung will die Regierungsvorlage sowohl, wie der Kommissionsvorschlag und das Amendement Miquel eine Abweichung machen; über den Gesetzentwurf ist daher zweimal abzustimmen. Ich will jedoch keinen Antrag stellen, da ich die praktische Nothwendigkeit der Ausnahmemaßregel einsehe, und voraussetze, daß ein solcher Ausnahmefall, daß Landestheile mit der preußischen Monarchie vereinigt werden, ohne zu gleicher Zeit die Verfassung dort einzuführen, nicht wieder vorkommt. Ich glaubte jedoch darauf aufmerksam machen zu müssen, um nicht durch mein Stillschweigen der Konsequenz Raum zu geben, daß künftig von der Verfassung im Wege der einfachen Gesetzgebung abgewichen werden könne.

Ref. Abg. Dr. Braun: Die überwiegende Mehrheit der Kommission war anderer Meinung. Das Gesetz bestimmt nur die Modalität, unter welcher die Verfassungsbestimmungen über das Budget auch in den neuen Landestheilen zur Anwendung kommen sollen.

Das Amendement Miquel wird darauf abgelehnt; dafür nur die Fortschrittspartei und ein Theil der Nationalliberalen; der Kommissionsantrag und darauf das ganze Gesetz sodann mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Schlußberathung über den unterm 18. Juli 1867 mit Waldeck abgeschlossenen Vertrag wegen Uebertragung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont an Preußen. Der Referent Abg. Dr. v. Bunsen beantragt: 1) dem vorbezeichneten mit Waldeck abgeschlossenen Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, 2) zugleich aber der königlichen Staatsregierung gegenüber die Erwartung anszusprechen, sie werde die vollständige Vereinigung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont mit Preußen auf Grund des Art. 2 der Verfassung bald herbeizuführen wissen.

Ein Amendement des Abg Bassenge faßt den Schluß der Nr. 2 so: „im Einverständnisse mit der Landesvertretung dieser Fürstenthümer bald herbeizuführen."

Referent Abg. Dr. v. Bunsen führt aus, daß durch diesen Vertrag eine staatsrechtliche Mißgeburt geschaffen sei, ein Zustand, der sich auf die Dauer politisch und finanziell nicht werde aufrecht erhalten lassen. Als Uebergangsstadium zur vollständigen Einverleibung lägen gegen den Vertrag keine wesentlichen Bedenken vor.

Minister-Präsident Graf Bismarck: Die vorliegende Konvention ist das Ergebniß der Kollissionen zwischen den Einrichtungen des Norddeutschen Bundes und denjenigen, welche sich in den deutschen Kleinstaaten vermöge einer krankhaften Entwicklung der Souveränetät, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte ausgebildet hat, entwickelt haben. Indem diese Kleinstaaten darauf Bedacht nahmen, aus ihren eigenen Mitteln und in sich selbst abgeschlossen alle diejenigen Bedürfnisse befriedigen zu wollen, die nur eine ausgedehnte Staatseinrichtung befriedigt bis in die höheren Instanzen hinein, kamen sie mit ihren finanziellen Verhältnissen an und für sich ins Gedränge, wenn sie nicht von denjenigen Staatsleistungen, die ihnen nach Recht und Billigkeit oblagen,, Abzüge machten, um die Auswüchse, darf ich wohl sagen, zu deren Eintragung jene Länder nicht groß genug waren, bezahlen zu können. Es war die Folge davon, daß die Einrichtungen der Landesvertheidigung in den Hintergrund traten und daß die Büreaukratie der kleinen Länder, eine unverhältnißmäßige Entwicklung nahm. Wir haben das gesehen in Ländern von ähnlicher Größe, ich erinnere an das mir näher bekannte Lauenburg und andere Ihnen vielleicht näher bekannte Staaten vierter Größe, wo wir Gerichte zweiter Instanz, Verwaltungseinrichtungen zweiter Instanz und im Ganzen ein Apparat der Verwaltung haben, den man nur eine überladende und das ganze Gebäude drückende Kuppel nennen kann. In dem bisherigen Deutschen Bunde war diese Einrichtung dadurch möglich, daß die Kleinstaaten in Bezug auf die Landesvertheidigung auf die preußische resp. die östreichische Armee sich verließen. Nachdem nun die Einrichtung des Norddeutschen Bundes von jedem Einzelnen innerhalb seiner Grenzen vorweg die volle Leistung für die Landesvertheidigung und die anderen Staatszwecke forderten, kamen sie um so mehr ins Gedränge zwischen diesen Anforderungen und ihren eigenen Mitteln, als ihre Steuerkraft nicht den Durchschnitt der größeren Staaten erreicht, vielleicht allein Braunschweig ausgenommen, während die übrigen Staaten, denen die Centren des Handels und Verkehrs fehlen, weit dahinter zurückbleiben.

Es sind vergleichsweise nur arme ackerbauende Bevölkerungen, und selbst da, wo sie wohlhabender sind, fehlt doch das reichere Element bis zum Millionär ihnen gänzlich, die Einkommensteuer würde einen verhältnißmäßigen Durchschnitt im Resultate nicht ergeben. Es kam nun darauf an, diesem Uebelstande in irgend einer Weise Abhülfe zu verschaffen. Das radikalste und nächstliegende wäre allerdings die Einverleibung gewesen, wobei ich gleich bemerke, daß eine andere Vertheilung der Lasten doch faktisch und praktisch dadurch nicht bewirkt worden wäre; die durchschnittlich arme Bevölkerung von Waldeck würde mehr nicht zu zahlen gehabt haben und die wohlhabendere Durchschnitts-Bevölkerung Preußens würde das Fehlende immer haben zulegen müssen. Man würde es nur nicht so deutlich merken und in der Buchführung ersichtlich finden. Es fragt sich nun, warum wir diesen Weg der Einverleibung unsererseits nicht vorgezogen haben. Der Herr Referent hat die Bedenken, die derselben entgegenstanden, schon berührt, hat sie aber nicht für durchschlagend gehalten. Ich erinnere daran, daß bei der Einführung der Norddeutschen Bundesverfassung in der That sich überall die Besorgniß fühlbar machte, die Kleinstaaten würden überhaupt die Lasten, die ihnen der Norddeutsche Bund auferlegt, nicht tragen können, es wäre das ein mittelbarer Weg zu ihrer Mediatisirung und es läge das auch in der Absicht der preußischen Regierung. Um diesem Vorurtheil, um der Besorgniß zu begegnen, die sich aus diesem Fundament auch derjenigen Staaten und Souveräne bemächtigen konnte, die vollständig entschlossen sind, das Maß der Souveränität, welches mit der Bundesverfassung bestehen kann, sich zu bewahren, dieser Besorgniß zu begegnen, war es gewissermaßen eine Ehrenpflicht Preußens zu zeigen, daß auch die kleineren Staaten mit diesem Bundes-Verhältniß in Unabhängigkeit bestehen könnten, und dazu die Mittel darzubieten in der Legislative, welche dies Bestehen ihnen möglich machten, und zu diesem Behufe haben wir nach Analogie früherer Militär-Konventionen, nach Analogie früherer Justiz-Konventionen, durch welche die Kleinstaaten der zweiten, resp. der dritten Instanz entledigt wurden, eine ich möchte sagen, Administrativ-Konvention geschaffen, durch welche das naturgemäße Verhältniß wenigstens annähernd hergestellt wurde. Diese Besorgniß, daß die Bundes-Einrichtungen eine Schraube sein würden, um die kleinen Souveränetäten zu zermalmen, bei unseren Bundesgenossen zu beseitigen, verpflichtet uns die Politik ebenso wie die Gerechtigkeit.

Nach der Bundesverfassung haben wir eben so gut wie alle Bundesgenossen die Souveränetät der einzelnen Bundesstaaten garantirt, es ist das eine Kollektiv-Garantie und man kann vielleicht nicht mit Unrecht sagen, daß wir dem Königreich Sachsen oder dem Großherzogthum Oldenburg die Souveränetät des Fürstenthums Waldeck ebenso garantirt haben, wie wir sie Waldeck selber garantirt haben, und daß daher zu einer Entäußerung derselben die Zustimmung eines einzelnen Mitgliedes rechtlich vielleicht nicht ausreicht. Aber ich lasse diese Frage unentschieden. Politisch bedürfen wir eines Weiteren nicht, als wir von Waldeck haben, und mehr zu erstreben, als man bedarf, hat sich nach meiner Ueberzeugung immer als ein politischer Fehler bestraft. Was ist außerdem das Schicksal der Bundesverfassung in der Oekonomie ihres Stimmenverhältnisses, wenn in dieser Weise die Anzahl der Stimmen sich anfängt zu verändern? Der Herr Referent hat angedeutet, daß zwischen 25 oder 26 Stimmen die zur Majorität erforderlich sind, ein erheblicher Unterschied nicht sei. Aber denselben Weg, den Waldeck gegangen wäre, könnten mehrere gehen wollen und da heißt es meines Erachtens im Interesse der Gesammteinrichtungen: principiis obsta! Wir könnten in kurzer Zeit dahin gelangen, daß Preußen eine geborene Majorität im Bundesrathe hat. Daß bei einem solchen Zustande ein wirkliches Bundesverhältniß unmöglich ist, werden Sie mir zugestehen. Die kleineren Staaten würden immer mit Recht sagen, warum sollen wir überhaupt noch im Bundesrath erscheinen? deshalb ist das Bundesverhältniß meiner Ansicht nach ein undenkbares, sobald der mächtige Staat im Bunde und das Präsidium in sich die Majorität haben würde.

Es muß so bleiben, daß in Fragen, welche entschieden eine Unbilligkeit, ich will nicht sagen eine Vertragsverletzung, enthalten, und welche deshalb von den Staaten außerhalb des Präsidiums ziemlich einstimmig beurtheilt werden würden, daß die außerhalb des Präsidiums stehenden Staaten im Stande sind, wenigstens eine Majorität zu bilden, und jede Bresche, die hierin gelegt wird, ich möchte sagen, jeder Stein, der herausbröckelt, wird bei den übrigen Bundesstaaten ganz natürlich die Frage anregen, wo wird das aufhören? Es sind einige unter ihren Souveränen allerdings vorhanden, welche die Stellung eines reichen Privatmannes der Stellung eines solchen Fürsten vorziehen, aber viele werden es nicht sein und die meisten werden sagen, so wird es uns auch ergehen, mit Güte oder Gewalt; das Präsidium wird gefällig sein denjenigen, die sich dazu hergeben wollen, es wird hart auf diejenigen drücken, die sich dessen weigern, es wird die Schraube fest und fester anziehen: und es wird auf diese Weise in das Verhältniß zu unsern Bundesgenossen ein Mißtrauen hineingebracht werden, das ihnen bisher fremd geblieben ist und das wir dadurch nur fern halten können, daß wir auf das Strengste uns an die bestehende Bundesverfassung halten und deren buchstäbliche Durchführung überall da, wo die Interpretation zweifelhaft sein kann, mit Wohlwollen und Billigkeit handhaben. Ich verkenne nicht die Unbequemlichkeiten, die dieses neue Rechtsgebiet für beide Theile haben kann, ich glaube, viele derselben werden sich aber doch mehr als Ungewohnheiten erweisen, man wird sich auch in dies Verhältniß hinein finden können und ich möchte deshalb nicht so sprechen, wie der Herr Referent, der aus diesem Zwitterverhältniß, wenn ich so sagen darf, gewissermaßen eine Vaterlandslosigkeit der Waldecker herleiten wollte; es bleibt ihnen der Ehrenname Deutsche, und einen andern als einen deutschen National-Patriotismus zu pflegen haben wir überhaupt keine Ursache und keinen Anlaß. Ich möchte deshalb anheimgeben, Angesichts der größeren politischen Rücksichten, die, so sorgfältig ich auch die Sache überlege, es mir immer wieder von Neuem rathsam erscheinen lassen, an der Zahl der bestehenden Souveräne nicht zu rühren, Angesichts dieser Erwägung den zweiten Theil des Antrages nicht annehmen zu wollen.

Abg. Windthorst: Die Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten setzen mich in die Lage, gegen meine ursprüngliche Absicht jetzt für den Vertrag zu stimmen. Bei diesem Vertrage kommt es darauf an, ob er das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wahrt, und die Rechte Anderer verkürzt. Der ersten Bedingung ist durch die Zustimmung des Fürsten und der Stände Waldecks genügt, dagegen halte ich die Rechte der übrigen Bundesfürsten für geschädigt, wenn der Vertrag nicht auch ihrer Genehmigung unterbreitet wird. Der Herr Ministerpräsident erklärt die Frage für zweifelhaft, und giebt damit den Fürsten die Berechtigung, die Vorlage des Vertrages zu verlangen; ich schließe hieraus, daß Preußen einer solchen Forderung keinen Widerspruch entgegensetzen wird, und stimme unter dieser Voraussetzung für den Vertrag. Ich weiß es ihm ferner Dank, daß er in seinen Ausführungen die Autonomie nicht nur der neuen preußischen Accessisten (Heiterkeit), sondern überhaupt aller einzelnen Staaten in den Vordergrund gestellt hat; ich halte dies für die erste Bedingung einer bundesstaatlichen Existenz und der darauf beruhenden Einheit Deutschlands. Es folgt hieraus gleichzeitig, daß ich mit Entschiedenheit gegen den zweiten Antrag des Referenten stimmen muß, und schließe ich mich hierin den vom Herrn Ministerpräsidenten bereits ausgeführten politischen Gründen an. Ein solches Drängen bringt uns in den Schein der Begehrlichkeit, der für das Bundesverhältniß nur nachtheilig sein kann.

Graf Bismarck: Zur Vermeidung von Mißverständnissen sehe ich mich veranlaßt zu bemerken, daß ich nicht so weit gegangen bin, zuzugeben, daß der Vertrag, wie er Ihnen vorliegt, der Genehmigung der Bundesgesetzgebung bedürfen würde. Nur bei einer vollständigen Annexion würde dies der Fall sein, und es ist das einleuchtend, da die für den Bundesrath festgesetzte Stimmenzahl einen integrirenden Bestandtheil der Bundesverfassung bildet, also auch nur auf dem Wege der Bundesgesetzgebung wieder abgeändert werden kann.

Abg. Dr. Lette (schwer verständlich): Nachdem die Landesvertretung Waldecks ihre Zustimmung zu dem Vertrage gegeben, können wir uns unmöglich gegen denselben erklären. Hinsichtlich des zweiten auf Annexion hinzielenden Antrages kann ich mich den vom Herrn Ministerpräsident dagegen geltend gemachten Gründen vollständig anschließen. Sollte derselbe aufrecht erhalten bleiben, so halte ich die Annahme des vom Abg. Bassenge eingebrachten Amendements für selbstverständlich.

Graf Bismarck: Es ist noch eine Schwierigkeit hervorgehoben worden, die dem Vertrage entgegenstehen soll und die früher von sehr erheblichem Gewicht gewesen wäre, nämlich der Umstand, daß die Angehörigen Waldecks nicht wissen, welchem Staate sie als Bürger angehören. Der Zustand, in welchem die Angehörigen anderer deutschen Staaten in Preußen als Ausländer betrachtet werden, ist aber durch die Bundesverfassung beseitigt und die Bewohner Waldecks haben jetzt bei uns dasselbe Bürgerrecht, wie zu Hause.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich werde für die Accession und gegen die Annexion stimmen, ohne daß ich befürchten zu müssen glaube, in den Verdacht übertriebener Sympathien mit der partikularistischen Kleinstaaterei zu kommen. Ich bedaure vielmehr, daß das Beispiel der Entsagung von Souveränetätsrechten, welches von Trägern des erlauchten Namens Hohenzollern gegeben worden ist, nicht mehr Nachfolger gefunden hat, und kann den Grund nur darin finden, daß das Regieren einen Reiz haben muß, der anderen Sterblichen unbekannt ist. Dennoch glaube ich, daß Preußen ein Gewicht darauf legen muß, alle bestehenden Rechte aufrecht zu erhalten, so lange nicht das nationale Bedürfniß unbedingt eine Modifikation verlangt. Ein solches Bedürfniß kann ich aber im vorliegenden Falle nicht so weit anerkennen, daß es durch den Accessionsvertrag nicht vollkommen befriedigt würde; ich bitte Sie deshalb, für diesen und gegen jeden weitergehenden Antrag zu stimmen.

Abg. Twesten: Mir liegt weniger an der Annahme des zweiten Antrages des Referenten, als daß wir hier nicht einen Präcedenzfall für die Zukunft schaffen, wonach an Preußen die ungeheuerliche Zumuthung gestellt wird, einen kleinen Staat auf seine Kosten zu erhalten. In dem einzelnen Staat ist es natürlich, daß die Steuerfähigkeit des einen Theiles sich überträgt und ausgleicht mit anderen Theilen, die geringere Einnahmen haben, und es würde dies auch mit Waldeck nach dessen Annexion der Fall sein; ein solches Verhältniß aber zwischen zwei verschiedenen Staaten herzustellen, ist so widernatürlich, daß ich mich entschieden dagegen verwahre, als könnte durch Genehmigung dieses Vertrages ein Präcenzfall für die Zukunft geschaffen werden. Man hat uns auf die Geringfügigkeit eines jährlichen Defizits von 58,000 Thlrn. hingewiesen; durch die allmälige Steigerung der Militärlast stellt sich dasselbe auf beinahe 97,000 Thlr., und wenn mit der in Aussicht genommenen Aufhebung der Spielbank auch die hieraus fließenden 12,000 Thlr. Einnahme wegfallen, haben wir ein Defizit von etwa 108,000 Thlrn. zu decken. Die anfängliche große Aufregung der Waldeck'schen Bevölkerung gegen den Vertrag stammte hauptsächlich aus der Befürchtung, dieses Defizit solle von ihrem Lande getragen werden; wenn ihre Bedenken nun dadurch, daß Preußen die Zahlung übernimmt, gehoben worden sind, so kann daraus noch nicht für uns ein Grund hergeleitet werden, dem Vertrage ebenfalls zuzustimmen.

Der Herr Ministerpräsident hat gegen die Annexion geltend gemacht, daß die Existenz jedes einzelnen Staates den anderen gegenüber garantirt sei; eine solche Garantie kann doch aber nur dahin gehen, daß kein Staat gegen seinen Willen annektirt werden dürfe; wenn derselbe damit einverstanden ist, hat sicher Niemand das Recht, Einsprache zu erheben. Es wurde ferner gesagt, die Zustimmung der anderen Bundesfürsten sei nöthig, weil die Stimmenzahl im Bunde verfassungsmäßig festgestellt und also nur auf dem Wege der Bundesgesetzgebung geändert werden könne; selbst zugestanden, daß dem so wäre, so hat doch jeder Staat das Recht, seine Stimme ruhen zu lassen, und dies könnte Waldeck thun, bis von Seiten der übrigen Fürsten die Zustimmung zur Uebertragung an Preußen gegeben wäre. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß neben dem uns vorgelegten noch ein anderer nicht veröffentlichter Vertrag abgeschlossen ist, in welchem sich der Fürst von Waldeck bereit erklärt, auf seine Souveränetät zu Gunsten Preußens zu verzichten. Nach dem vorgelegten Vertrage ist demselben aber das Domanialvermögen überlassen, und wenn wir hiernach die vollständige Annexion der Accession vorziehen, so kann uns dieses sicher nicht als Vergrößerungsgelüst ausgelegt werden. Auch der letzte Grund, den man gegen die Annexion vorgebracht hat, daß man nämlich zeigen müsse, daß die Existenz der Kleinstaaten mit den Einrichtungen des Bundes nicht un-

vereinbar wäre, ist durchaus nicht haltbar, denn dadurch, daß wir die Lasten übernehmen müssen, wird das Gegentheil klar bewiesen. Die Existenz der Kleinstaaten ist und wird immer mehr bei den bestehenden Bundeseinrichtungen unmöglich. Wenn ich dem gegenüber trotzdem meine Zustimmung zu dem Vertrage gebe, so geschieht dies unter der Voraussetzung, daß die volle Annexion bald folgen wird, und daß die Genehmigung nicht als ein Präcedenzfall betrachtet werde, der uns hindern könnte, in Zukunft derartigen Stipulationen unsern Widerspruch entgegenzusetzen. (Bravo)

Graf Bismarck: Ich habe bereits in meiner ersten Auseinandersetzung die Ansicht zu widerlegen gesucht, als würde uns durch den vorliegenden Vertrag ein neues Deficit auferlegt, das uns bei der Annexion nicht ebenfalls zufiele. Diese Ausführungen des Vorrednes beruhen auf einer Ziffergruppirung, welche einen Eindruck hervorzurufen geeignet ist, der der Wirklichkeit nicht entspricht. Es könnte hiernach erscheinen, als würden durch die Einverleibung die Einkünfte aus dem Domanialvermögen dem Lande gesichert bleiben; wir würden jedoch aus demselben nicht einen Groschen ziehen, da der Fürst von dem ganzen Handel zurücktreten würde, wollte man noch weitere Opfer seines Privatvermögens von ihm verlangen; das Verhältniß bliebe also dasselbe. Es ist auch nicht die finanzielle Seite allein, die bei solchen Fragen zu berücksichtigen ist; ist es etwa finanziell vortheilhaft gewesen, als die Grafschaft Wittgenstein mediatisirt wurde? Wir haben da eine große Anzahl armer, verschuldeter, sogar hungernder Bauern bekommen, die der preußische Staat mit allen Lasten des Staates und der landesväterlichen Pflege für dieselben übernahm, und die standesherrlichen Besitzungen gingen steuerfrei auf den preußischen Staat über. Wäre das Geschäft in einer ähnlichen Form wie das mit Waldeck gefaßt worden, so würde es sich ziffermäßig ganz genau ebenso unvortheilhaft dargestellt haben, und nichtsdestoweniger galt es damals für eine erwünschte Acquisition, für eine Ausdehnung des mediatisirenden Staates. Diesen Vorwurf, daß wir neue Lasten auf den preußischen Staat wälzen, die ihn bedrücken, muß ich also zurückweisen. Wenn der Herr Vorredner ferner es mit den Bestimmungen der Bundesverfassung für verträglich erklärt, ohne Genehmigung des Bundesraths einen selbstständigen Staat aus der Reihe der übrigen verschwinden zu lassen, so hat er mich durch seine Ausführung doch nicht überzeugt, wenigstens möchte ich als Bundeskanzler die Verantwortung für einen solchen Schritt nicht übernehmen. Es sind die Mitglieder des Bundes alle namentlich in der Verfassung aufgeführt, und wenn auch jedem derselben das Recht zusteht, seine Stimme ruhen zu lassen, so ist es doch unmöglich, ein solches Verhältniß vertragsmäßig feststellen zu wollen. Es wäre dies gerade so, als wollte die Regierung mit einem Abgeordneten vor seiner Wahl einen Kontrakt abschließen, in welchem der letztere sich verpflichtete, bei allen Abstimmungen nur für die Regierung zu stimmen; ein solches Verfahren wäre offenbar verfassungswidrig, und der Herr Vorredner selbst würde einer der ersten sein, der die Wahl zu kassiren beantragte. In meiner Eigenschaft als Bundeskanzler — wenn es mir erlaubt ist, als solcher hier das Wort zu nehmen — möchte ich noch auf eine Bemerkuug des Herrn Vorredners antworten, welche dahin ging, daß durch die Einrichtungen des Bundes die Existenz der Kleinstaaten unmöglich geworden sei: wir haben sie garantirt, also ist sie möglich. (Heiterkeit)

Abg. Schulze (Berlin): Ich gebe dem Herrn Ministerpräsidenten Recht: die Existenz der Kleinstaaten ist möglich, wenn wir sie garantiren, das heißt, wenn wir für ihr Defizit einstehen; ob dies in unserm Interesse liegt, lasse ich dahingestellt. Man hat die krankhaften Zustände der kleinen Souveränetäten hervorgehoben, dadurch aber werden sie sicher nicht beseitigt, wenn man ihnen ihre Rechte läßt und sie dafür von der Pflicht entbindet, aus dem Domanialvermögen Zuschüsse zu den Lasten des Landes beizusteuern. Der Verwahrung des Abg. Twesten, daß aus der Genehmigung des vorliegenden Vertrages nicht auch ein Recht für die Zukunft hergeleitet werden könne, schließe ich mich durchaus an: durch die Munificenz der preußischen Regierung und des preußischen Volkes könnte sehr leicht auch Andern Lust gemacht werden, sich ihrer Regierungssorgen zu entschlagen, und deshalb ist eine solche Verwahrung nothwendig, mag man die von uns zu übernehmenden Lasten noch so geringfügig hinstellen. Wenn sich die Unmöglichkeit für einzelne Staaten herausstellt, den Druck der ihnen vom Bunde auferlegten Pflichten zu tragen, so mindere man entweder die Bundesausgaben, oder übernehme die Lasten auf den Bund; daß man aber Preußen immer als den leistungsfähigen Staat hinstellt, der deshalb am meisten zahlen könne, weil er bisher die größte Last getragen hat, und ihm nun auch noch die Verpflichtungen der kleineren, nicht leistungsfähigen Staaten auflegen will, dagegen möchte ich doch im Namen derjenigen Steuerzahler protestiren, die wir hier vertreten. — Wenn wir unsere Zustimmung zu dem Vertrage geben, so thun wir es, weil wir die dadurch geschaffenen Verhältnisse als ein Uebergangsstadium betrachten; dem zweiten Antrage aber bitte ich Sie zuzustimmen, weil nur in ihm die Möglichkeit liegt, das Ganze anzunehmen.

Abg. Waldeck: Aus welchen staatsrechtlichen Gründen die Souveränetät eines Staates auf einen andern nicht übertragen werden kann, ohne die Genehmigung des Bundesrathes, ist mir nicht verständlich. Die vom Herrn Ministerpräsidenten dafür beigebrachten Gründe sind bereits von andern Rednern genügend widerlegt; die Stimme Waldeck's im Bundesrathe würde nach meiner Ansicht durch eine Einverleibung des Landes ohne Weiteres auf Preußen übergehen. Was das Domanialvermögen betrifft, so ist dasselbe durch einen Receß allerdings dem Fürsten als Privateigenthum überwiesen, doch nur unter der Voraussetzung, daß er Souverain des Landes bleibt; wenn diese Bedingung fällt, hat derselbe aus dem Rezeß auch keine Rechte mehr auf das Vermögen herzuleiten. Durch eine Einverleibung des Landes wäre es mithin sehr wohl möglich gewesen, pekuniär günstigere Bedingungen zu erlangen, als durch den Accessionsvertrag. Auch ich stimme für den letzteren nur unter der Voraussetzung, daß durch Annahme des zweiten Antrags in dem augenblicklichen Zustande nichts weiter als ein Uebergang zur vollen Annexion anerkannt werde.

Graf Bismarck: Die Klagen über die Lasten, welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes auferlegt und denen die Herren Vorredner Ausdruck gegeben, haben von dieser Stelle ein so weites Retentissement, — mir fällt im Augenblick ein deutsches Wort dafür nicht ein — daß ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen kann ein Wort zu Gunsten dieser Lasten einzulegen. Dieselben Klagen haben wir jederzeit im Bundestage gehört; man war gemeinsamen Einrichtungen nicht gerade abgeneigt, aber so oft eine wirklich getroffen, ein zweiseitiges Geschäft abgeschlossen werden sollte, dann wurde geklagt, daß es Lasten auferlege und nachgerechnet, was der eine Theil gewinnen, der andere verlieren sollte. Das war der damalige Partikularismus der kleinen Staaten. Aber was wir heute von den Herren Vorrednern zu hören bekamen, ist preußischer Partikularismus. Ich traue den Herrn zu, daß sie für die individuelle Freiheit willig Opfer bringen; aber sollen wir denn kein Opfer bringen für unsere staatliche und politische Freiheit? Dafür, daß unser Staat die Kraft erlangt hat, sich selbst, unsere nationale Ehre, unsere politische Freiheit zu wahren, ohne erst nach Bündnissen suchen zu müssen, daß vielmehr unser Bündniß gesucht wird? Ist denn alles das gar nichts werth? (Beifall) So eben ist mir eine Zuschrift aus Karrakas in Südamerika zugegangen, in der 2000 Deutsche ihre Freude über unsere nationalen Errungenschaften aussprechen. (Der Herr Ministerpräsident verliest das Schriftstück). Erfüllt Sie eine solche Zuschrift nicht mit Genugthuung? Ist Ihnen das gar nichts werth, daß unsere Landsleute in Amerika, ich will nicht sagen, zum nationalen Bewußtsein erwacht sind, aber es jetzt mit erhöhter Lebhaftigkeit beweisen, daß sie die gewonnene Stellung ihres Vaterlandes fast tiefer fühlend, als sie in der engeren Heimath empfunden wird, stolz an ihre Brust schlagen und sagen: wir sind Deutsche, während sie früher auf die Frage nach ihrer Nationalität beinahe beschämt, mit niedergeschlagenen Augen antworteten? Meine Herren, ich habe lange genug auf dem Lande gelebt, um zu wissen, was Steuerlast ist und wie die Steuern aus den Pfennigen der Armen zusammenfließen; aber die politische Freiheit, die nationale Ehre steht so hoch, so hoch über Allem, daß für sie auch der Aermste freudig sein Opfer bringt. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall)

Abg. Dr. Braun: Von jener Seite (nach links deutend) haben wir schon in den letzten Tagen eine Reihe von Nörgeleien gehört, die sich damit beschäftigten, ob in Folge der Einverleibung die neuen oder die älteren Provinzen besser fahren würden u. dgl., heute beklagt man sich wieder darüber, daß durch die Bundesverfassung neue Lasten auferlegt würden Ich halte es im Interesse des Ganzen nicht für angemessen, daß bei so großen wichtigen Dingen fortwährend dergleichen kleine Rechenexempel aufgestellt werden, ob wir bei der Accession oder bei der Annexion 1 Thlr. mehr profitiren. Wir dürfen hierbei auch nicht allein im Auge haben, was ist nach der preußischen Verfassung Recht? sondern müssen fragen, was ist deutsches Recht? Wenn ein deutscher Staat sich andern einverleiben will und dadurch das Stimmverhältniß im Bundesrathe geändert wird, so müssen die Faktoren der Bundesgesetzgebung zuvor zustimmen. Wenn Preußen Waldeck, so könnte ja Sachsen einige Herzogthümer sich ohne Weiteres einverleiben. Das geht unmöglich. Preußen muß vor allen Dingen zeigen, daß es die Bundesverfassung heilig und unverbrüchlich halten will; nur dann werden auch die süddeutschen Staaten Lust bekommen, sich anzuschließen Wir kommen hiermit für den Augenblick etwas weniger schnell vorwärts, aber sicher. Ich muß mich deshalb gegen den Antrag des Referenten erklären, weil derselbe nicht das Recht des Norddeutschen Bundes, des Reichstages und Bundesraths genügend wahrt, und weil derselbe in den Bundesstaaten Zweifel erregen könnte an Preußens Bundestreue, an die sie glauben müssen und glauben sollen. (Beifall rechts.)

Die Spezialdebatte wird eröffnet über Antrag 1 des Referenten und somit über die einzelnen Artikel des Vertrages.

Zu Art 3. erhält das Wort

Abg. Dr. Löwe: Sehr, mit Unrecht hat uns der Herr Ministerpräsident Partikularismus vorgeworfen, Niemand wünscht sehnlicher als wir eine baldige und völlige Einheit Deutschlands. Wir beklagen uns aber über die Methode, die die Regierung hierbei einschlägt, die dahin führt, uns Preußen neue Lasten aufzuerlegen, und die durchaus nicht im Interesse der Einheit liegt, die wir Alle wünschen. Ich muß konstatiren, daß die Kritik, welche der Herr Ministerpräsident an den Bundesrath selbst gelegt hat, im letzten Grunde uns aber bestimmte, gegen die Bundesverfassung zu stimmen. Wir sahen in dem Stimmverhältnisse im Bunde bei den sonstigen Bestimmungen der Verfassung, ein wesentliches Hinderniß für die Ausdehnung des Bundes über das ganze Deutschland. Wie das Verhältniß ist, ist allerdings Gefahr vorhanden, daß das Bundespräsidium leicht eine absolute Macht über die übrigen Staaten erhalten kann. Dies kann aber nur dadurch geändert werden, wenn eine größere Verfassungsreform erreicht wird, durch die vor allen Dingen konstitutionelle Bürgschaften hineingebracht werden. Nur eine freiheitliche Entwickelung der Bundesverfassung wird den Bundesstaaten die nothwendige Sicherheit gewähren, ihnen die Besorgniß zu nehmen, daß sie vom absoluten Staate Preußen aufgezehrt werden, und auch bei den noch außerhalb des Bundes stehenden deutschen Staaten die Neigung verstärkten, in den Bund einzutreten.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Es würde zu weit führen, wenn ich hier die Vertretung des Bundesraths und seiner Zusammensetzung übernehmen wollte. Der letzte Herr Redner scheint sich dadurch verletzt gefühlt zu haben, daß ich, den Ausführungen seiner Parteigenossen gegenüber, an den Bundestag und an den Partikularismus erinnert habe. Ich habe jedoch Niemand verletzen wollen. Ich acceptire jedoch dies Gefühl des Verletztseins als ein Zeugniß des großen Fortschritts, den wir mit den deutschen Verhältnissen gemacht haben, wenn man sich heute durch die Erinnerungen an den Bundestag verletzt fühlt, und bin überzeugt davon, daß künftig Niemand sich verletzt fühlen wird durch die Erinnerung an unsere gegenwärtigen Bundesverhältnisse, auch wenn sie sich weiter entwickelt haben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Virchow: Man hat uns den Vorwurf der „Nörgeleien", des Partikularismus gemacht. Beide Vorwürfe sind wohl sehr wenig zutreffend; das werden wohl die betreffenden Herren selbst gefühlt haben. Wie der Herr Ministerpräsident den deutschen Patriotismus und die allgemeinen Betrachtungen, die er darüber angestellt hat, in Verbindung mit diesem Accessionsvertrag hat bringen können, verstehe ich nicht. Ich will ihm in seine allgemeinen Betrachtungen nicht folgen, sondern mich an die vorliegende Frage halten. Für uns handelt es sich hier um die Frage: Sollen und können wir der Regierung unsere Zustimmung dazu aussprechen, daß die fernere Entwicklung der deutschen Angelegenheiten auf die neue Bahn der Accessionen geleitet werde, welche die Voraussetzung haben, daß das preußische Volk direkte Lasten übernehmen soll, wenn ein anderer Theil des deutschen Volkes sie nicht zu tragen im Stande ist? — Da müssen wir aber zuerst nachforschen: Woher kommt es, daß jener Theil des Volkes diese Lasten nicht zu tragen im Stande ist. Vielleicht weil er verhältnißmäßig geringere Hülfsquellen hat? Nein, das normale Verhältniß beruht darauf, daß die Verhältnisse des Fürsten zum Lande, das Verhältniß der Domänen zur Arbeit des Volkes gelöst werden soll. Es handelt sich darum, die Bahn zu betreten, die deutschen Fürsten zu entschädigen durch Lasten, die wir auf den preußischen Etat bringen sollen. Nein, da hört der Patriotismus auf, da fängt der berechtigte Partikularismus an (Beifall links).

Herr Braun sagt: „Wir haben uns einzig und allein zu richten nach der Norddeutschen Bundesverfassung." Nun, ich bitte Herrn Braun, auf Grund dieses neuen Rechtbodens künftig mit mir gegen alle Anträge auf Annexionen zu stimmen, lediglich aus Konsequenz, aus Hochachtung vor dem Norddeutschen Bunde (Heiterkeit). Meine Herren! Als preußische Abgeordnete stehen wir hier auf Grund der preußischen Verfassung und haben Alles hiernach zu beurtheilen. Und nun frage ich: Was berechtigt mich, zu Gunsten des Fürsten von Waldeck den preußischen Etat zu belasten mit einer Last, die im gegenwärtigen Etat schon 58,000 Thlr. beträgt und von der man gar nicht absehen kann, wie hoch sie sich noch steigern wird. Ich werde deshalb gegen die Verträge stimmen und es dem Fürsten von Waldeck überlassen, sich mit seinen Ständen auseinanderzusetzen und darüber zu vereinbaren, wie er zu seinem Gelde kommt, das Land wird schon dafür sorgen, daß es nicht auf die Dauer überbürdet wird. — Der Accessionsvertrag soll die natürliche Konsequenz der durch den Norddeutschen Bund vermehrten Belastung, die Beschleunigung des Unterganges der Kleinstaaterei, in ganz unberechtigter Weise zu Ungunsten des preußischen Volkes aufhalten. Ich werde dagegen stimmen. (Beifall links).

In der Specialdiskussion über Antrag 2 des Referenten motivirt zunächst Abg. Bassenge das von ihm gestellte Amendement, das vielen Abgeordneten die Zustimmung zum ersten Antrage erleichtern werde.

Abg. Dr. Waldeck: Die Annexion ist ganz entschieden der Accession vorzuziehen; die Ausführungen des Abg. Braun waren bloße Redensarten, hervorgegangen aus unrichtiger Auffassung unseres ganzen Standpunktes. Wir wollen das Ungewöhnliche nnd Ungeheuerliche eines solchen Accessionsvertrages nicht als Regel und dauernd hinstellen, sondern als vorübergehend. Ich muß Herrn Braun außerdem auf den Widerspruch aufmerksam machen, der darin besteht, wenn er sich als Freund der deutschen Einheit hinstellt und gleichzeitig die Norddeutsche Bundesverfassung als das Höchste, was hierin erstrebt werden konnte, betont, während dieselbe doch noch sehr weit reformirt werden muß, ehe sie wirklich das einige Deutschland umfassen kann. — Wir sind durchaus nicht gegen die weitere Einigung, sondern nur gegen die jetzige Art und Weise der Ausübung der Souveränetät in den Kleinstaaten und meinen, daß im Interesse des deutschen Volkes mehr die Annexion, als die Accession liegt, weil die Kosten an dauernder Hofhaltung in den Kleinstaaten dadurch gespart werden, deshalb müssen wir auf der Annahme der zweiten Resolution bestehen. (Beifall).

Abg. Braun (Wiesbaden): Ich leugne es nicht, daß die Norddeutsche Verfassung noch reformbedürftig ist, aber sie ist entschieden ein Schritt vorwärts auf dem Wege der deutschen Einheit. Wenn nun die Verfassung auch reformbedürftig ist, so dürfen wir sie auf gesetzmäßigem Wege wohl reformiren, nicht aber brechen, so lange sie zu Recht besteht, nicht weiter anneKtiren ohne Zustimmung des Reichstags. Diejenigen aber, welche diese Keime, diese Anfänge der Einheit erschüttern wollen, sind eben keine Freunde der Einheit.

Abg. Dr. Waldeck: Ob ich oder mein Vorredner ein größerer Freund der deutschen Einheit bin, überlasse ich denen zu prüfen, die ihn und mich kennen. Bis jetzt sehe ich noch keine Erfolge des Norddeutschen Bundes, die er so rühmt. Ich habe die Reichsverfassung bekämpft, weil sie wesentliche Rechte des preußischen Volkes ohne Nutzen vernichtete, und weil ich glaubte, daß wir auf dem Wege, den auch der Abg. Braun früher für den richtigen hielt, früher zur Einheit gekommen wären, als so. Ihn und mich unterscheidet wesentlich das, daß, wenn ich einmal eine Ansicht für richtig halte, ich auch alle Mittel zu benutzen suche, um sie durchzusetzen, während er sich sofort wieder zu dem bekennen kann, was seinem Prinzip widerstreitet, wenn es nur augenblicklichen Nutzen zu bringen scheint.

Abg. Twesten: Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich bei der Annexion sehr gern dieselben Kosten mit übernehmen würde, bei der Accession aber nicht. Es scheint mir nicht gerathen zu sein, daß man mit einem allgemeinen Aufruf an den Patriotismus entgegentreten darf der scharfen Unterscheidung aller Verhältnisse und Thatsachen, welche gründlich zu untersuchen unsere Pflicht ist. (Beifall.) Gegen die Deduktionen des Abg. Braun habe ich zu bemerken, daß nach meiner Rechtsanschauung über die Annexion eines anderen Staates an Preußen Niemand mitzusprechen hat, als die preußischen gesetzgebenden Faktoren und der Fürst und die Landesvertretung des anderen Staates; auf Grund der Bundesverfassung kann ein Einspruch dagegen nicht erhoben werden. Wenn zum Beispiel ein regierendes Haus ausstirbt, oder ein Souverän freiwillig auf die Krone verzichtet, so kann die Bundesverfassung es nicht verhindern, daß die zunächst erbberechtigte Linie succedirt. Der Bundesrath und der Reichstag werden nur darüber zu entscheiden haben, wie die bisherige Führung der Stimme geordnet werden soll; ebenso ist es aber, wenn durch einen freiwilligen Akt die Regierung eines Landes auf ein anderes Staatsoberhaupt übergeht.

Abg. Braun (Wiesbaden): Es ist ein Unterschied, ob die Uebertragung durch Erbfolge oder durch einen Vertrag unter Lebenden geschieht.

Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrags des Referenten, den Vertrag mit Waldeck zu genehmigen, angenommen (dagegen nur einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei wie Duncker, Virchow und Jacoby), und der zweite Theil mit dem Amendement Bassenge verworfen (dafür die Fortschrittspartei und die Mehrzahl der Nationalliberalen)

Es folgt der Bericht der Kommission für das Gemeindewesen über Petitionen, betr. die Reform der Kreis- und Provinzial-Ordnung, sowie der ländlichen Polizei und den Erlaß einer Gemeinde-Ordnung. Referent Abg. Lette beantragt Ueberweisung an die Staatsregierung mit der dringenden Aufforderung, die gewünschten Vorlagen noch in dieser Session zu machen. (Das Haus ist halb leer.) Die Abgg. v. Bötticher, Heise und Gen. beantragen Ueberweisung mit dem Ersuchen, baldmöglichst den Entwurf einer Kreis- und Provinzial-Ordnung sowie eines Gesetzes wegen Reform der gutsherrlichen Polizei vorzulegen.

Abg. Waldeck beantragt folgende Resolution: Das Haus der Abgeordneten fordert die königliche Staatsregierung auf, unter Abschaffung aller entgegenstehenden, auf ständischen, feudalen und Sonderinteressen beruhenden Gesetze und Einrichtungen, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Einführung bezüglich Wiedereinführung Einer Gemeind.-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für den ganzen Staat auf den Grundlagen: 1) der Gemeindeangehörigkeit aller im Gemeindebezirke belegenen Grundstücke und aller Einwohner des Gemeindebezirks mit Abschaffung des vom Gemeindeverbande ausgeschlossenen sogenannten Gutsbezirks; 2) der Selbstverwaltung der inneren und besonderen Angelegenheiten der Gemeinden, Kreise und Provinzen, einschließlich der den Gemeinden zustehenden Ortspolizei, durch gewählte Vertreter und Vorsteher; 3) des Gemeindewählerrechts jedes Einwohners, der eigenen Hausstand hat, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt und die Gemeindeabgaben bezahlt hat, ohne Unterschied des größeren oder geringeren Besitzes, und ohne Abtheilung in Klassen oder Stände, welche dem Art. 4 der Verfassung widerstreitet; 4) der Wählbarkeit aller Gemeindewähler, sowohl zu Gemeinde- als Kreis- und Provinzial-Vertretungen und der Berechtigung derselben die Vertreter der Kreise und Provinzen nach dem Grundsatze ad 3 zu wählen.

Abg. v. Bötticher vertritt seinen Antrag, da er die Regierung nicht drängen will noch in dieser Session ihre Vorlagen zu bringen, wie die Kommission es verlangt. Eine so rasch gefertigte Arbeit würde nicht brauchbar sein. Die konservative Partei wolle die gutsherrliche Polizei nicht beseitigen, bevor sie nicht wisse, was an ihre Stelle gesetzt werde, einstweilen genüge ihr die Reform des Instituts.

Abg. Hoffmann (Jüterbogk) als Mitglied der freien konservativen Partei, kann nicht begreifen, wie ein konservativer Mann dem Antrage der Kommission auf Aufhebung der gutsherrlichen Polizei im Jahre 1867 noch widersprechen kann. Dagegen zeuge der Antrag Waldecks, daß er, wenn ernsthaft gemeint, ohne Kenntniß von Land und Leuten abgefaßt sei, oder er bezwecke etwas Anderes. Gegen ihn sprechen, heiße Eulen nach Athen tragen und bringe in Gefahr unparlamentarisch zu werden.

Abg. Dr. Löwe: Es ist uns mit unserem Antrage durchaus Ernst und auch die Konservativen werden begreifen, daß jede Reform in diesem Gebiet mit dem Anfange, nämlich mit der Gemeinde, anfangen muß. Während des Konfliktes sollten wir Schuld sein, wenn die Regierung mit ihren auf Vorrath gearbeiteten Reformgesetzen nicht vorwärts kam: jetzt besteht der Konflikt nicht, aber wo bleiben die Reformen? Alle großen Fragen der inneren Gesetzgebung liegen genau heute da, wo sie zuvor lagen und wenn die Regierung in den neuen Landestheilen Gesetze in Masse aus dem Aermel schütteln konnte, warum sollte es nicht auch uns anstehen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten?

Minister des Innern: Die Regierung erkennt an, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Kreis- und Gemeindeverfassung reformfähig und reformbedürftig ist. Am meisten aber meint sie, ist dies der Fall bei der Kreisverfassung, und nach dieser Richtung hin haben sich daher auch die Verordnungen in den neuen Provinzen bewegt. Auch für die alten Provinzen soll in kürzester Frist nach einem gleichen Ziele hin vorgegangen werden. Ich werde mich dazu des Rathes einiger Herren aus dieser Versammlung zur Vorberathung versichern, und beabsichtige, womöglich noch im Laufe dieser Session den Entwurf einer Kreisverfassung dem Landtage vorzulegen. Eine Provinzial-Ordnung aber kann nach unserer Ansicht erst dann vorgelegt werden, wenn dieselbe sich an eine schon bestehende Kreisverfassung eng anschließen kann, wogegen die Gemeindeverfassung einstweilen noch zurückbleiben kann. Wir sind endlich der Meinung, daß die Polizeigerichtsbarkeit auf dem Lande, trotz mancher praktischer und auch wohl theoretischer Mängel an denen sie leidet, vorläufig noch aufrecht erhalten werden muß, so lange die Regierung sich noch nicht klar darüber geworden ist, auf welche Weise die vorhandenen Uebelstände durch etwas Besseres ersetzt werden können. Vorläufig hält sie diese Polizeigerichtsbarkeit für eine Institution, die, wenn auch nicht sehr erfolgreich, so doch sehr bequem wirkt. (Aha! links).

Abg. Graf Bethusy-Huc polemisirt gegen den Antrag Waldeck's, der gegen das Naturrecht verstoße durch die Gleichstellung des Grundbesitzers mit jedem Besitzlosen in der Gemeinde, desgleichen gegen den des Abgeordneten v. Bötticher, dessen konservative Unterzeichner im Jahre 1861 mit ihm, dem Redner, denselben Antrag unterschrieben haben, Frage man, was an die Stelle der gutsherrlichen Polizei zu setzen sei, so erkläre er dreist, daß jeder Ersatz ein geringeres Uebel sei, als das bestehende Institut. Der Antrag der Kommission solle die Regierung nicht zu einer übereilten Vorlage drängen, sondern nur bewirken, daß ihre Tendenz noch vor Schluß der Session fixirt werde.

Abg. Wagener (Neustettin): Der Herr Graf Bethusy hat schon öfters einen übeln Einfluß auf die konservative Partei geübt; er und der Abgeordnete Hoffmann mögen ihre parlamentarische Produktion nicht als Monopol des wahren Konservatismus vertreiben. Konservativ war Herr Hoffmann nicht, nur unklar (Heiterkeit) und Abgeordnete Dr. Löwe hat ihm das auch sofort mit der korrekten Konsequenz der Demokratie nachgewiesen. Der Antrag der Kommission ist ein stilles Mißtrauensvotum gegenüber der feierlichen Zusage der Thronrede. Man kann eine bessere Provinzial- u. s. w. Ordnung wünschen, aber eine neue? Wie können nur politische Männer solche himmelblaue Dinge aussprechen? dann aber hat Waldeck die Sache wenigstens konsequent angegriffen. Wenigstens lasse man die neuen Provinzen aus dem Spiel, die keine Veränderung in der Richtung zu preußischen Organisationen hin wünschen. Die Regierung legt aber die bessernde Hand an in dem Sinne, daß die reformirten Körperschaften Verwaltungsrechte erlangen. Nicht durch pikante Reden herrscht das englische Parlament, sondern weil das Oberhaus der höchste Gerichtshof, das Unterhaus die höchste Verwaltungsbehörde ist, zusammengesetzt aus allen Lokal-Autoritäten des Königreichs und der Träger von Allem, was Autorität im Lande ist. So schnell, wie die Kommission es will, geht es nicht; ihr Antrag ist unpraktisch und hat nur die Bedeutung eines Mißtrauensvotums.

Abg. Waldeck: Die Eile, mit der der Landtag seine Geschäfte betreibt, vielleicht betreiben muß, zwingt das Haus, die hochwichtige Angelegenheit anläßlich der Petitionen zu behandeln. Redner motivirt seine Anträge in einem sehr ausführlichen Vortrage.

(Es ist uns unmöglich, diesen Vortrag, dem das Haus von $2^3/_4$—$3^1/_2$ Uhr mit Aufmerksamkeit folgte, in entsprechender Weise wiederzugeben, wenn der Stoff des heutigen Berichts bewältigt werden soll.)

Unter wachsender Unruhe spricht Abg. v. Diest gegen den Antrag der Kommission. Anträge auf Schluß werden eingebracht. Abg. Lasker zur Geschäftsordnung: (Ruf rechts: Lauter!) Meine Herren, ich fange ja erst an, zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Ich beantrage Zurückweisung der Waldeck'schen Anträge an die Kommission, da das Haus nicht zur Genüge zu einer Entscheidung vorbereitet ist.

Es folgt eine Fluth persönlicher Bemerkungen, in denen namentlich die Konservativen und freien Konservativen wechselseitig gegen einander protestiren.

Um $4^1/_2$ Uhr verlangt Abg. Lette als Referent das letzte Wort, ein Wunsch, der mit stürmischem Murren aufgenommen und dessen Erfüllung nur durch die Energie des Präsidenten ermöglicht wird.

Der Antrag Lasker's wird abgelehnt, desgleichen die Anträge Waldeck's und v. Bötticher's, und der der Kommission wird angenommen.

Schluß $4^1/_2$ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Krondotation, Etat des Finanz- und des Justizministeriums.)

Parlamentarische Nachrichten.

Ψ Berlin, 11. Dezember. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war durch die Debatte über den Vertrag mit Waldeck eine der hervorragenderen der Session. Der Ministerpräsident, der sechs Mal das Wort nahm, hatte unbestreitbar seinen besonders guten Tag und fand im ganzen Hause, auch auf der Seite, wo man ihn bekämpft, durch die Art seiner Vertheidigung der Vorlage lebhafte Anerkennung. Wie bestellt kam die Zuschrift der Deutschen aus Karrakas, welche der letzten Rede des Ministerpräsidenten einen

(Fortsetzung in der Beilage.)

besonderen Schwung zu verleihen schien. Bereitwillig übergab er das Schriftstück den ihn umstehenden Gruppen von Abgeordneten der linken Seite, welche es mit Interesse in Augenschein nahmen. — Zu einer schon etwas sehr vorgerückten Stunde und unter dem Eindruck der Erregung über die vorangegangenen Debatten begann die Verhandlung über die Petitionen um Reformen der Kreis-, Provinzial- und Gemeinde-Ordnung. Man darf Angesichts der Wichtigkeit des Gegenstandes lebhaft bedauern, daß die Debatte weniger durch Gründlichkeit sich auszeichnete, als daß sie ihren Brennpunkt in dem häuslichen Streit zwischen Konservativen und Freikonservativen, den Grafen Bethusy-Huc und Renard gegen Wagner, fand, wobei Graf Renard selbst so weit ging, den Gegner zu beschuldigen, er habe sich „herausgenommen“. — Am Montag wird denn auch wieder einmal das Herrenhaus ein Lebenszeichen von sich geben und — seine vierte Sitzung halten.

Lokales.

Posen, den 12. Dezember.

— [Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 11. d.] Eröffnung der Sitzung um 4¼ Uhr Nachmittags unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Pilet. Anwesend sind die Stadtverordneten Andersch, B. H. Asch, R. Asch, Bielefeld, Breslauer, Briske, Czapski, Dahlke, Feckert, Gerstel, Dr. Hantke, B. Jaffe, L. Jaffe, Jeziorowski, Knorr, Löwinsohn, Lüpke, E. Mamroth, Dr. Matecki, E. Meyer, Mützel, Nitykowski, Reimann, G. Schulz, Türk, Walther, Dr. Wentzel. Magistrat ist vertreten durch den Bürgermeister Kohleis und die Stadträthe v. Chlebowski, Dr. Samter und Stenzel.

Nach der Eröffnung der Sitzung macht der Vorsitzende der Finanzkommission Stadtverordnete Knorr dem Vorsitzenden die Anzeige, daß die Finanzkommission am künftigen Montag (16. d.) Nachmittags um 3 Uhr zur Berathung des Etats zusammentreten werde, und ersucht um Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung behufs Festsetzung des Etats auf Mittwoch d. 18. d. Der Vorsitzende erklärt sich bereit, eine außerordentliche Sitzung auf Mittwoch anzuberaumen.

Tagesordnung: 1) Mehrausgaben bei der Armenverwaltung pro 1867. Magistrat theilt in einem Anschreiben an die Versammlung mit, daß die diesjährige Armenverwaltung eine Mehrausgabe von 5737 Thlr. erfordere und gruppirt diese speziell nach den betreffenden Artikeln des Etats. Die Gründe zu dieser Mehrausgabe liegen in den Nachwirkungen des Vorjahres und hauptsächlich in den diesjährigen Theuerungsverhältnissen. Einem Beschlusse der Versammlung gemäß ersucht Magistrat noch während des Etatsjahres um Bewilligung der Mehrausgabe, die den Grundsätzen der Sparsamkeit in der städtischen Verwaltung entsprechend verwendet werden solle.

Die Finanzkommission billigt den Grundsatz des Magistrats, die Mehrausgabe jetzt schon zu bewilligen, und hat in ihrer Gesammtheit beschlossen, bei der Versammlung die Bewilligung der Mehrausgabe von 5737 Thlr. zu beantragen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die äußerste Sparsamkeit in der Armenverwaltung als Norm gelte, und daß bei Gelegenheit der Etats-Berathung auf die in dem Anschreiben des Magistrats auch bereits angeführten Grundsätze in der Armenverwaltung zurückzukommen sei.

Die Versammlung genehmigt den Antrag der Finanzkommission.

2) Betr. die Besteuerung des Einkommens auch über 20,000 Thlr. Der Tarif für die Zahlung der städtischen Einkommensteuer ließ bisher das Einkommen unter 100 Thlr. und über 20,000 Thlr. frei. Da aber die Kämmereikasse bedeutende Ausfälle gehabt und die Ausgaben sich vergrößern, so hat Magistrat die Besteuerung des Einkommens auch über 20,000 Thlr. beschlossen und will dasselbe nach Maßgabe der allgemeinen Besteuerung mit 4½ % belegen. Die Finanzkommission hat sich dem Magistratsantrage angeschlossen und empfiehlt der Versammlung denselben zur Annahme.

Gegen den Antrag des Magistrats und der Kommission sprachen die Stadtverordneten Lüpke, Dr. Wentzel, Nitykowski und heben hervor, daß die Besteuerung des Einkommens über 20,000 Thlr. fast ausschließlich die hiesigen Bank-Institute treffe, die ohnehin schon genug besteuert sind und grade geschont werden sollten, weil sie den Verkehr in der Stadt doch wesentlich heben.

In der Abstimmung wird der Magistrats- und Kommissions-Antrag durch Majoritätsbeschluß genehmigt.

3) Betreffend die Bewilligung der Mehrausgaben bei Tit. XV. Nr. 2. Namens der Finanzkommission referirt der Stadtverordnete Breslauer: Magistrat theilt in einem Schreiben mit, daß die im Tit. XV. Nr. 2 des Etats für Pflaster- und Wegearbeiten ausgeworfenen 3372 Thlr. absorbirt seien, nachdem noch mehrere Rechnungen über ausgeführte Reparaturen zu bezahlen sind, wie selbst noch 82 Thlr. aus dem Jahre 1862 nachschleppen und beantragt zur Bestreitung dieser Anforderungen 1) die Bewilligung einer Mehrausgabe von 400 Thlr., 2) die Ueberweisung von 450 Thlr. zur Ausgleichung einer bevorstehenden Liquidation für gelieferte Fuhren des städtischen Magistrats, vorzüglich zur Anfahrung von Kies. Die bedeutenden Ausgaben werden mit durch die Legung der Granitrinnen, die sich auf 3346 laufende Fuß stellen, verursacht, eine Arbeit, die sich nicht umgehen, aber auch nicht vorher berechnen ließ.

Der Referent der Kommission macht geltend daß für die Chaussirung der Eichwaldstraße allein 450 Thlr., für die Legung der Granitrinnen 1570 Thlr., also für den laufenden Fuß ca. 14 Sgr., verausgabt worden seien, und man hätte hierbei wohl eine Beschränkung eintreten lassen können. Die Kommission beantragt die Bewilligung der geforderten 400 Thlr. Mehrausgaben, dagegen die Ablehnung der 450 Thlr. für jetzt, weil noch gar keine Liquidation des Marstalls eingegangen.

Stadtbaurath Stenzel macht darauf aufmerksam, daß die Eichwaldstraße in diesem Jahre zweimal vom Wasser aufgerissen und wieder hergestellt werden mußte, daher selbstverständlich die hohen Kosten; die Legung der Granitrinnen aber habe nicht 1570 Thlr., wie der Kommissionsbericht behaupte, sondern nur 1035 Thlr. gekostet, während 535 Thlr. auf Umpflasterung der Straßenseiten zu rechnen seien; der laufende Fuß Granitrinne koste etwa 10 Sgr. und 3—4 Sgr. der laufende Fuß Straßenpflaster; außerdem sei aber doch auch zu bedenken, daß aus dem Fond die Pflasterung einer ganzen Straße auf der Schrodka, der großen Gerberstraße und eines großen Theiles der Friedrichsstraße bestritten worden ist.

Die Versammlung nimmt hierauf die Kommissions-Anträge an und bewilligt die Mehrausgaben von 400 Thlr. unter der Bedingung, daß dieselben vom künftigen Pflaster-Etat abgesetzt werden.

Der 4. Gegenstand betr. die Abtretung der Rechte der Kommune an das Schulhaus auf dem Graben an die Kirchengemeinde der Kreuzkirche, ist nicht genügend vorbereitet und wird deshalb vertagt. (Schluß folgt.)

— Die diesjährigen Vorträge des naturwissenschaftlichen Vereins haben gestern mit einem von Herrn Direktor Dr. Brennecke in der Aula der Realschule gehaltenen Vortrage begonnen, der ein allgemeines Bild der Pariser Ausstellung gab.

— Wir machen auch noch an dieser Stelle auf den Vortrag aufmerksam, den Herr Direktor Dr. Barth morgen, als Freitag Abends um 8 Uhr, im Saale der Loge über die Erwerbsthätigkeit des weiblichen Geschlechts zu halten gedenkt. Die Frauenfrage ist eine so brennende, überall jetzt ventilirte, daß es wohl für Jedermann interessant sein dürfte, zu erfahren, was bisher zu ihrer Lösung geschehen ist und zweckmäßiger Weise weiter geschehen muß. Der Eintritt ist Jedermann gestattet und unentgeltlich.

— Die Florentiner folgen auch in diesem Jahre auf das Müllersche Quartett. Der Zufall wird also unsere Fachkundigen zu Vergleichen herausfordern. Daß wahre Kunstleistungen aber in Posen immer ein Publikum finden, äußert sich schon jetzt durch das Interesse für das auf Sonnabend angesetzte Konzert, für dessen Besuch es einer besonderen Anregung wohl kaum bedarf.

Theater.

„Der Kampf der Frauen“ von Scribe gehört zu den französischen Lustspielen, bei denen man noch einer tieferen, ethisch-psychologischen Begründung der Charaktere nicht suchen darf und manches „Warum“, das sich hinsichtlich der Entwickelung der Handlung unwillkürlich auf die Zunge drängt, besser verschluckt, weil, wenn man es ausspräche, eine Antwort doch ausbleiben würde. Gleichwohl sind die Situationen sinnreich genug erfunden, und namentlich durch pikante Gegensätze und und Parallelen — im munteren Lauf des Spiels durch unmittelbare komische Wirkung die unbefriedigte Reflexion zurückzudrängen. Man darf bei der Beurtheilung dieser Stücke nicht vergessen, daß sie in Frankreich und für Franzosen geschrieben wurden, die das Theater zur Befriedigung des Augenblicks genießen wollen, wie den Duft einer Blume, und unser Bedürfniß nicht kennen, uns das Gesehene und Gehörte auch stofflich zu assimiliren und über dessen bleibendenden Werth uns Rechenschaft zu geben.

Freilich könnten wir nur dann leicht die deusche Methode zu urtheilen vergessen, wenn unsere Schauspieler sich eine französische Art zu spielen für die Werke der in Rede stehenden Gattung aneignen möchten.

Die Anlage hierzu haben wir jedoch bei der neulichen Aufführung nur an Herrn Neumann wahrgenommen, der den Herr v. Flavigneul bei aller Würde und Ritterlichkeit mit einer solchen Leichtigkeit und Lebhaftigkeit der Sprache und der Bewegung spielte, daß das sanguinische National-Temperament überall hervorzublicken schien. Dies zeigte sich namentlich in der Scene, wo er die Gräfin beinahe zur Verzweiflung bringt, indem seine Aeußerungen den Zweifel gar nicht enden lassen, ob er eigentlich sie oder ihre Nichte liebt. Diese Zweideutigkeit müßte in jeder anderen Weise etwas gesucht erscheinen, als bei dieser gentilen Lebendigkeit, welcher eine ausgedehnte Galanterie gegen jede Dame — selbst bis zur Annäherung an die Sprache des Herzens — so zur zweiten Natur geworden ist, daß auch für die wirklich vorhandene Liebe jener gewohnte Schein zur Maske wird.

Frl. Heller kam ihm in der angedeuteten Richtung am nächsten, doch ist bei ihr die hier sehr gut angebrachte Munterkeit der Aktion mehr ihrer individuellen Neigung für diese Richtung im Allgemeinen, als einem besonderen Bemühen für diesen einzelnen Fall zuzuschreiben; jedenfalls war sie für die Rolle der Gräfin, welche zugleich leidenschaftlich, liebenswürdig, intrigant und humoristisch sein soll, ganz die passende Darstellerin. Dasselbe wollen wir auch von Frl. Helbig nicht bestreiten, die in der Rolle der Nichte diesmal jene kindlich-harmlose Liebenswürdigkeit auszuprägen hatte, bei welcher von einem Unterschied der Nationalitäten noch nicht die Rede sein kann, die vielmehr überall anziehend und in Momenten wärmerer Empfindung rührend wirken muß und auch hier nicht anders erschien.

Herr Schönleiter als Präfekt Montrichard, der durch Republik, Kaiser- und Königthum hindurch sich stets in seiner Karriere gehalten hat, stellte uns einen Beamtentypus vor, den wir als ächt deutsch bezeichnen müssen: nicht den gewandten Streber, der sich in die wechselnden Zeitverhältnisse zu schmiegen und dadurch oben zu schwimmen weiß, sondern den etwas phlegmatisch-steifen Verehrer von Ordnung und Gesetz, denen er so unbedingt ergeben ist, daß ihm die Regierungsform dabei gleichgültig sein muß. Den Konflikt seiner Thätigkeit als Verfolger mit den Wünschen seiner anmuthigen Wirthin überwindet er nicht etwa durch galanten Humor, sondern durch die kühle Ironie des an Jahren gereiften und im stetigen Bewußtsein seiner Pflicht sicheren Mannes. Ohne Zweifel läßt sich auch so die Rolle konsequent und angemessen durchführen, ohne dabei ins Unmenschliche zu gerathen; es kann nebenher recht wohl so viel Ausdruck von innerer, ächter Gutmüthigkeit gewahrt werden, daß die Verkündigung der Amnestie am Schluß als eine „auf seinen — des Präfekten — Antrag“ erlassene glaubwürdig erscheint. Dann muß aber der Darsteller sich vorher wohl in Acht nehmen, jener kühlen Ironie nicht zugleich einen Beigeschmack von diabolischer Freude an dem harten Amt der Verfolgung, eine Art von „Humor“ im Sinne des „fiat justitia, pereat mundus“ zu verleihen, wie dies Herrn S. nach unserer Auffassung allerdings gelegentlich passirt war, weshalb uns jene Versicherung am Schluß aus seinem Munde allerdings etwas überraschte.

Herr Schirmer hatte als Herr v. Ohrignon die am wenigsten gelungene Rolle des Stückes darzustellen. Für uns Deutsche wenigstens hat ein Mann, der in Wahrheit eine Memme ist, schlechterdings zu viel Anspruch auf Verachtung, als daß er unsere Heiterkeit bedeutend erregen könnte, und wir sind auch nicht geneigt, deshalb mildernde Umstände anzunehmen, weil er eine so innige Anhänglichkeit an eine Dame zeigt, daß deren Gegenwart wie eine Elektrisir-Maschine seinen Muth, der eigentlich eine Leiche ist, zu einem künstlichen Scheinleben für einzelne Augenblicke zu erwecken vermag. Wir finden deshalb auch keinen Geschmack an den Anspielungen des Dichters, daß schließlich doch vielleicht die Gräfin, von seiner tiefen, treuen Neigung für sie gerührt — und in Ermangelung eines Besseren — den Hasenfuß mit ihrer Gunst beglücken mag. — Undank, wie die Rolle einmal sein mußte, machte Herr Schirmer aus ihr das Beste, was möglich war, indem er den komischen Kontrast zwischen der immer sich erneuernden Illusion des jungen Mannes, daß er eigentlich einen unbändigen Strom von Thatenlust in seiner Brust beherberge, und der jedesmal unmittelbar darauf folgenden Ernüchterung möglichst viel Natürlichkeit verlieh.

(Eingesandt.)

„Wenn der Mops mit der Wurst über'n Spucknapf springt“ ꝛc. ꝛc. Diese humoristische Weise hat der bekannte Schulautor verstanden, zu einer höchst interessanten Beschäftigung zu komponiren. Das Spiel, betitelt: **Das Storch-Mops-Froschspiel,** ist unstreitig das Beste, was der Autor bis heut geschaffen. Illustrationen sind von **Louise Thalheim.** Preis 15 Sgr., Prachtausgabe Thlr. 1⅓. In Posen auf Lager bei **Ernst Rehfeld,** Wilhelmsplatz 1. **T.**

Angekommene Fremde

vom 12 Dezember.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Karczewski aus Czarnotki und Frau Nehring aus Sokolnik, Domänendirektor Molinek aus Reisen.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Napieralowicz aus Lechlin und Voge aus Adl. Ostrowo, Gutspächter v. Nawrocki aus Choczicza, die Kaufleute Herzberg aus Breslau und Sommerfeld nebst Frau aus Konin, Administrator v. Swiecicki aus Gorzewo, die Pröpste George aus Moschin und Koperski aus Dalewo.

SCHWARZER ADLER. Gutspächter Budzynski aus Pakrzy, Frau Rittergutsbesitzer v. Buchowska nebst Töchter aus Pomarzanki, die Gutsbesitzer Luther aus Marienrode und Förster aus Czerleino.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Golkowski aus Siekierek und v Dembinski aus Polen, die Kaufleute Gervais aus Stargardt i. P., Heimann, Köhler und Strich aus Berlin, Mersur aus Paris und Werner aus Breslau, Partikulier Hironimas aus Münster, Gutsbesitzer Voß aus Neuenburg.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Königlichen Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Haupt-Amt und zwar im Amtslokale der Steuer-Receptur zu Kostrzyn am **9. Januar 1868,** von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags die Chausseegeldhebestelle zu Paczkowo zwischen Schwersenz und Kostrzyn an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages vom 1. April k. J. ab zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 200 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Steuer-Receptur in Kostrzyn zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen werden. Die Pachtbedingungen können sowohl bei uns, wie auch bei der Steuer-Receptur in Kostrzyn von heute an, während der Dienststunden eingesehen werden.

Pogorzelice, den 9. Dezember 1867.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Fleischscharren auf dem neuen Markte für das Jahr 1868 haben wir einen neuen Licitations-Termin auf den **17. d. M.** Vormittags 10 Uhr auf dem Rathhause anberaumt.

Die Pachtbedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 12. Dezember 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der mit einem Gehalte von 800 Thlrn. jährlich dotirte Bürgermeisterposten hiesiger Stadt wird am 10 März f. erledigt. Der bisherige Inhaber desselben hat zu dieser Zeit, nach Ablauf seiner Wahlperiode, seine Pensionirung beantragt. Geeignete Bewerber werden daher aufgefordert, unter Einreichung eines Lebenslaufes und etwaiger Zeugnisse sich bis **zum 31. Dezember c.** bei dem Vorsitzenden der Unterzeichneten, königl. Kreis-Physikus Dr. **Hayn,** zu melden, wobei ausdrücklich bemerkt wird, daß diejenigen Herren, die ihre Bewerbungen bereits eingereicht haben, selbstverständlich noch ferner als Kandidaten betrachtet werden und nicht nöthig haben, ihre resp. Gesuche zu wiederholen.

Kempen (Prov. Posen), den 23. Nov. 1867.

Die Stadtverordnetenversammlung.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des königlichen Kreis-Gerichts zu Posen werde ich am Dienstage den **24. Dezember d. J. von früh 10 Uhr ab** den Nachlaß auf der **Zimny**schen Wirthschaft zu **Czerwonak,** bestehend aus Möbeln, Küchengeschirren, Wagen, Pflügen, Eggen, Pferdegeschirren, Kartoffeln, Rüben, Heu, Stroh und zwei Kühen, gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkaufen und lade ich Kauflustige hierzu ein.

Königl. Distrikts-Kommissarius.

Käufer.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend den 14. Dezember d. J. werde ich im Auftrage des hiesigen kgl. Kreisgerichts in **Zegrze** die zum Nachlasse der Krüger **Johann Adamczewski**'schen Eheleute gehörigen Gegenstände, namentlich: Möbel, Betten, Kleidungsstücke, circa 80 Scheffel Kartoffeln, eine Britschke ꝛc öffentlich meistbietend gegen baare Bezahlung verkaufen.

Posen, den 11. Dezember 1867.

Ikier, Büreau-Assistent.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Gnesen, den 2. August 1867.

Das dem Fräulein **Elisabeth Victoria v. Tuchotka** adjudicirte Rittergut **Gorzykowo,** zu welchem die Gutsantheile Lubomeżczyzna und Malczewczyzna gehören, landschaftlich abgeschätzt auf 60,023 Thlr. 18 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 5. März 1868
Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle resubhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht, 1. Abthl., zu Rogasen.

Der ideelle Antheil der Gutsbesitzerin **Isabella v. Biernacka** geb. **v. Radziminska** zu Zychowo bei Wartha in Polen an dem landschaftlich auf 99,353 Thlr. 25 Sgr. abgeschätzten Rittergute Bąblin, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 7. Mai 1868
Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger Partikulier **Adam v. Mieczkowski** und die **Nepomucena v. Mieczkowska**schen Erben werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Rogasen, den 26. August 1867.

Sprzedaż konieczna.

Król. Sąd powiatowy w Rogoźnie, Wydział I.

Dziedziczce dóbr **Izabeli z Radzimińskich Biernackiéj** w Zychowie pod Wartą w Polsce należąca się cząstka do dóbr rycerskich Bąblina, przez landszaftę oszacowanych na 99,353 Tal. 25 śgr. wedle taksy, mogącéj być przejrzanéj wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w registraturze, ma być

dnia 7. Maja 1868.
przed południem o godzinie 11.

w miejscu zwykłem posiedzeń sądowych sprzedaną.

Wierzyciele, żądający zaspokojenia swego ze szacunku kupna, co do wierzytelności nie wykazującéj się z księgi hipotecznéj, winni takową podać do sądu subhastacyjnego.

Z pobytu swego nieznajomi wierzycieli kapitalista **Adam Mieczkowski** i spadkobiercy **Nepomuceny Mieczkowskiéj** zapozywają się niniejszém publicznie.

Rogoźno, dnia 26. Sierpnia 1867.

Verpachtung.

Die **Rabbow'sche Wassermehlmühle** in Posen, große Gerberstraße belegen, soll vom **1. Januar 1868 ab** sofort anderweitig verpachtet werden.

Pachtbewerber wollen sich bis zum 16. d. M. **spätestens** gefälligst bei **Herrn Droste, Mühlenstraße Nr. 16,** melden.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Rentiers **Taddeus von Stablewski** zu Dlonie ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist **bis zum 4. Januar 1868** einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung der in der Zeit vom 31. Oktober 1867 bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf

den 23. Januar 1868
Vormittags 10 Uhr

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath **Koenig**, an hiesiger Gerichtsstelle anberaumt und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Justizräthe **Hecht** und **Sander** hierselbst, sowie die Rechtsanwälte Dr. **Bernhard** und **Thiel** zu Gostyn vorgeschlagen.

Rawicz, den 4. Dezember 1867.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Am 18. und 19. dieses Monats werden auf der Probstei **Granowo** bei Grätz den ersten Tag alle **Möbel, Handgeräthe** und **todtes Wirthschafts-Inventarium**, den folgenden Tag **sämmtliche Pferde, Ochsen** u. **Kühe** um 9 Uhr Morgens verkauft.

Sulikowski.

Die Winterfischerei auf dem über 300 Morgen großen Lussower See ist zu verpachten. Näheres darüber mündlich vom Wirthschaftsamt.

Der Bock-Verkauf

aus meiner Original-Negretti-Vollblut-Stammheerde hat begonnen. Ueberzählige Mutterschafe aus dieser Heerde können zum Frühjahr 200 Stück abgegeben werden.

Werbelow in der Ukermark, 15 Minuten vom Bahnhof Rechlin vorpommerscher Bahn.

J. F. Flügge.



Der Bockverkauf aus meiner Negretti-Stammheerde beginnt am 6. Januar 1868.

Warbende bei Neu-Strelitz, Mecklenburg.

L. Runge.

Türkische Teppiche in allen Größen,
Kirchen-Teppiche,
Salon-Teppiche,
Sopha-Teppiche,
Bett-Teppiche,
Pult- u. Spiegel-Teppiche,
Angora-Felle,
Cocusnuß-Decken.

Reise-Decken,
Reise-Plaids,
Plaids-Rieme,
Schlaf-Decken,
Stepp-Decken

empfiehlt in den neuesten elegantesten Genres zu den solidesten Preisen

Posen, **Markt Nr. 63.**

Robert Schmidt
(vorm. **Anton Schmidt**).

Zu Weihnachts-Geschenken empfehle ich meine **soeben** eingetroffenen **vorzüglichen Glacé-Handschuhe.**

S. Tucholski,
Wilhelmsstraße 10.

Vorzüglich gutes Leinen zu Bettbezügen und Leibwäsche (für „rein Leinen" garantirt) ebenso Handtücher, Tischtücher und Servietten in großer Auswahl zu den allerbilligsten Preisen.

Neuestr. 4. **S. H. Korach.** Neuestr. 4.



Grosser Ausverkauf
einer Berliner Fabrik.

1000 Long-Châles, und zwar **französische** gewirkte **Long-Châles**, à Stück 9 Thlr., früher 16 Thlr., 5farbige 15 Thlr., früher 25 Thlr., so folgend bis 100 Thlr. pro Stück, sind nur während des **Weihnachts-Jahrmarkts** zu **enorm billigen Preisen** wegen **Aufgabe der Fabrik** zu verkaufen, ebenso **Doppel-Châles** von 2 Thlr. bis 5 Thlr. Gleichzeitig bitte ich die hochgeehrten Herrschaften, sich von der Wahrheit überzeugen zu wollen.

Verkaufs-Lokal: Am **alten Markt Nr. 66.**, 1 Treppe, neben der **Leinwandhandlung** von Herrn **S. Kantorowicz.**

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts.

Wir beabsichtigen unser Geschäft vollständig aufzulösen und werden zu dem Zwecke unser ganzes Lager in seidenen, wollenen und baumwollenen Waaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf stellen.

M. Magnuszewicz & Co.,
Neuestraße 5.

Der bis jetzt stattgehabte **Ausverkauf** dauert fort. Das Waarenlager muß krankheitshalber **vollständig** geräumt werden, weshalb ich die Preise **bedeutend** herabgesetzt habe und empfehle besonders zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste:**

leinene Creas, das Stück von 50 Berliner Ellen, von 6 Thlr. ab,
leinene und baumwollene Züchen,
leinene Schürzen, Kattune,
weiße Bettdecken,
Gardinenzeuge, Shirting,
Wallis, Negligé-Stoffe,
Kleiderzeuge, sowie

auch das vollständig sortirte Damen-Konfektionslager **Wasserstraße 30.**, im kgl. Louisenschulgebäude bei

Bitte genau auf die Firma zu achten. **M. Chlawny.**

Ein noch guter gebrauchter **Leipziger** Polysander-**Stutz-Flügel** steht **preiswürdig** zum Verkauf in der Pianoforte-Fabrik von *C. Ecke*, **Posen**, Magazinstr. 1. neben dem k. Kreisgericht.

Chemnitzer Kohlen-Plätteisen
(ohne Bolzen zu plätten) neuester Konstruktion,
Fleischhackmaschinen

zu praktischen Weihnachtsgeschenken sich eignend, empfiehlt das **Magazin für Haus- und Küchengeräthe** von

S. J. Auerbach.

Zu Festgeschenken
Stereoscope
und Stereoscopbilder

eigenen und ausländischen Verlages
auf Papier, Glas und Silberplatten.
Unvergleichliche Auswahl und **Billigkeit.**

Mosers
Patent-Revolver-Stereoscope,

von allen Sachkennern als bei Weitem die **vorzüglichsten** ihrer Art anerkannt und **patentirt**, zugleich am **allerbilligsten**, sowohl in **einfacher**, wie **höchst eleganter** Ausstattung.

Moser senior,
Erfinder des patentirten Revolver-Stereoscops.
Berlin, 44. Unter den Linden **(Arnims Hôtel).**
Auswahlsendungen bereitwilligst. **Preisverzeichnisse** gratis u. franco.

A. Hoffmann, Büchsenmacher,
Posen, Wasserstraße 24.

Zu Treibjagden und Weihnachts-Präsenten empfehle bei größter Garantie gut eingeschossene Lefaucheux-Doppelflinten, Nadelflinten mit und ohne Hähne, Damen-Gewehre, Revolver, Munition, Jagdartikel ꝛc., alte Doppelflinten werden beim Kauf angenommen.

Gebr. **Pianinos** und **Tafel-Pianos**, fast **neu, mit vollem Ton,** stehen billig zum Verkauf bei *C. Kirst*, St. Martin 60.

Schöne Citronen,
das Dutzend 8 Sgr., 100 Stück für 60 Sgr. offerirt *Michaelis Reich.*

---

12. Conditorei Wilhelmsplatz 12.
Große
Weihnachts-Ausstellung

von feinsten **Zuckerwaaren**, franz. **Confituren** u. **Baumconfect, Marzipan** in Sätzen, **Randmarzipan, Marzipanfrüchten** und **Theeconfect,** sowie **Marzipanfiguren** in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

H. Wolkowitz.

Gebrüder Miethe aus Potsdam,
Chokoladen-, Confituren- und Honigkuchen-Fabrik,

empfehlen alle Sorten Chokoladen, Confituren, Pfefferkuchen und Pfeffernüsse, diese in 8 verschiedenen Sorten, ferner **Honigkuchen** zu **Saucen** und **Fischen**, letzteren vorzüglich schön, der Streifen 4 Sgr.

Niederlage in Posen: Sapiehaplatz 1.

Roh-Eis

konservire ich seit 9 Jahren ohne Keller, ohne jeglichen Bau von Winter zu Winter in großer Menge mit 1 Thaler jährlichen Unkosten. Diese leichte Methode ist überall auszuführen und ertheile gegen Franko-Einsendung (Postanweisung genügt) von 1 Thaler genaue Anweisung wie auch über wichtige Verbesserung schon bestehender Eiskeller. **Flatow** in Westpreußen.

Fr. Auring, Hôtelier.

Amtliches Attest.

Die billige und praktische Eiskonservirung des Herrn Fr. Auring habe ich seit Jahren beobachtet und kann dieselbe als leicht ausführbar und auf richtigen Grundsätzen basirend Jedem empfehlen.

(L. S.) Dr. **Weiß**, kgl. Kreisphysikus. **Amon**, kgl. Kreisbaumeister.

Weihnachts-Ausstellung.

Königsberger Marzipan, Chokolade, Schaum-Konfekt, verschiedene Zuckerfiguren, so wie alle Sorten Thorner Pfefferkuchen von

M. Schwartz in **Rogasen.**

Avis für Raucher.

Von meiner Einkaufsreise retournirt, empfehle die besten Marken von 1867er Havanna-Tabacken und bemerke, dass seit vielen Jahren keine so vorzügliche Qualitäts-Ernte gemacht worden:

	pro Mille.
El Globo Regalia de la Reyna	à 30 Thl.
Dignidad do. do.	35 "
Integridad Regalia expecial	40 "
Cabanas Princessa	40 "
Henry Clay Regalia de la Reyna	45 "
Incognita med. Regalia	50 "
Escepcion do. do.	60 "
Crema de Cuba Secunda	60 "
do. do. Prima	75 "
Cabanas comme il faut	75 "
Acuena Regalia	80 "
Flor de Tuero Conchas	80 "
Capricho de Cuba flor	90 "
do. Conchas de Gusto	100 "
do. de Cuba Regalia	120 "

Ausserdem empfehle Hamburger und Bremer Arbeit:

	pro Mille.
Siesta med. Regalia	à 30 Thl.
Flor de Tabacos	30 "
Aguila	25 "
Cobden	25 "
Juno	20 "
Casoba	20 "
Upmann	20 "
Golondrina	16 "
Industria	16 "
unsortirt. Ausschuss v. Havanna-Taback	16 "
sortirt. Ausschuss do.	16 "
La Caoba	13⅓ "
La Reyna	13⅓ "
Perla de la Antillas	10 "
Panameno	9½ "

als ganz vorzüglich. Probesendungen à 25 Stück zum Mille-Preise. Bitte um Angabe, ob stark, mittel oder leicht.

M. Heymann,
Importeur,
Friedrichsstrasse 33a., Tilsners Hôtel.

Toiletten-Kästchen,

vortrefflich zu Weihnachtsgeschenken sich eignend, in größter Auswahl, in den prachtvollsten Mustern — die feinen zum Theil von Moirée, Sammet und **echt vergoldet** — reizend und reich gefüllt mit feinen Parfums, Seifen, Haarölen, Knall-Flacons, Fixateurs, Seifen-Früchten ꝛc., im Preise von 7½, 10, 15, 20, 27½ Sgr., 1, 1⅓, 1½, 1⅔, 2, 2 5/12, 3, 4, 5, 6 und 7 Thlr.; desgleichen

Parfümerien,

z. B. Extraits, wie Jockei-Club, Spring-Flower, Mogador, Eß-Bouquet, New-Mown-Hay, Violette de Parme, **Ylang-Ylang** ꝛc. in einfachen und geschliffenen Flacons, Porzellankrügen ꝛc., von 5 Sgr. bis 1 Thlr.; **Parfums in reizenden Attrappen,** als Muffen, Plaids, Hutschachteln, Cigarrenkistchen, Arbeitskörbchen, **Weintrauben,** Strohhütchen, **eleganten Kästchen mit 12 Flacons,** Weihnachtsmännern, Rothkäppchen, Koffern von Leder und rothem Sammet mit 4 Flacons, Handschuhkästen, Litfaß-Säulen, Dintenflaschen, Brunnen, Hüten, Uhren, Geldspinden, Menage-Körbchen, **Blumentöpfen,** Sparbüchsen, **Körbchen mit 4 Flacons,** Bosco-Koffern, Champagner-Flaschen ꝛc., von 7½ Sgr bis 1 Thlr.; **Etuis — sehr fein —** mit 2 geschliffenen Flacons, à 2⅔ Thlr.; ferner elegante **Cartons mit 3 feinen Seifen,** à 7½ Sgr., mit 3 etiquettirten Seifen, à 15 Sgr. und mit Eß-Bouquet-, Jockei-Club-, Mogador-, New-Mown-Hay- oder Violette de Parm-Seife gefüllt, à 1 Thlr.; **Körbchen mit Seifen-Früchten,** à 1⅓ bis 2 Thlr.; sowie außerdem **Eau de Cologne,** echt und imitirt, in Flaschen und Kisten; Rosen-, Honig-, Veilchen-, Windsor-, Fett-, Transparent-, Mandel-, Glyzerin-, Figuren- und Gebäck-Seifen ꝛc.; **China-,** Rindermark-, Eis-, Blumen- und Stangen-Pomaden ꝛc.; **Klettenwurzel-,** Nuß-, Eier-Oel ꝛc. ꝛc. empfiehlt bestens und billigst

Herrmann Moegelin,
Bergstraße 9.

NB. Noch bemerke, daß sämmtliche Artikel sowohl in meinem Geschäftslokal, **Bergstraße 9.,** als auch im Lokal der Weihnachts-Ausstellung, **Breslauerstr. 15.** (Hôtel de Saxe), zu haben sind, sowie daß **jede Bestellung von außerhalb** gegen Einsendung des Betrages oder Entnahme von Postvorschuß **sofort** effektuirt wird.

Als passende Weihnachtsgeschenke

sind die so sehr beliebten **Pfeifenköpfe, Cigarrenpfeifen** und **Cigarrenspitzen** aus plastisch-poröser Kohle sehr zu empfehlen.

Dieselben können den feinsten Meerschaumpfeifen ꝛc. in Hinsicht der Eleganz gleichgestellt werden, sind jedoch bedeutend billiger und verbinden dabei noch den Zweck, daß sie die übelschmeckenden und giftigen Bestandtheile des Tabacks absorbiren.

Fabrik von **Louis Glokke** in **Hessen-Kassel.** Lager dieser Artikel hält stets in reicher Auswahl *Güttler* in **Posen**, Breslauerstraße 20.

Billige Cigarren-Quelle.

Gute **Havana** in echter Verpackung pr. Mll. 25 rtl. Crt. Nettogew. pr. M. 13 Zpfd. ca.
- dito - - - - - 23½ rtl. Crt. Nettogew. pr. M. 10½ Zpfd. ca.
- **Cuba** mit Havana-Einlage pr. Mille 19 rtl. Crt. Nettogew. pr. Mille 10½ Zpfd. ca.
- **Seedleaf** m. Havana-Einlage pr. M. 17½ rtl. Crt. Nettogew. pr. M. 11¼ Zpfd. ca.
- **Seedleaf** m. Havana-Einlage pr. Mll. 14 rtl. Crt. Nettogew. pr. Mll. 8½ Zpfd. ca.

Frei ab Bremen, inclusive Steuer und Verpackung. — Gegen Franco-Einsendung des Betrages zu beziehen von

Gustav Eicke, *Bremen.*

Frische grüne Rapskuchen,

täglich ab meinem Lager und **allen Bahnstationen** abzunehmen, offerirt zu **billigsten** Preisen

Manasse Werner,
große Gerberstraße 17.

Nüsse,
amerikanische, französische und türkische, empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Schöne große Tafelpflaumen à 2½ Sgr., beste süße türk. Pflaumen à 3 Sgr, und bestes Pflaumenmus à 3 Sgr., bei

Michaelis Reich,
Wronkerstraßen-Ecke Nr. 91.

Frische fette **böhmische Fasanen** empfing *Isidor Busch*, Sapieha-Platz 2.

Feinste holländische Heringe
empfiehlt
J. N. Leitgeber.

Leb. Hechte u. Zand. Donnerst. Ab. b. **Kletschoff.**

10,000 Schock

Grünberger Wallnüsse,
beste franz. Wallnüsse,
türk. Lambertsnüsse,
amerik. Paranüsse,
inländ. Haselnüsse, billigst bei

Michaelis Reich,
Wronkerstraßen-Ecke Nr. 91.

Königsberger Randmarzipan,

eigner Fabrik, mit feiner frischer Füllung, sowohl in kleinen Stücken als in Sätzen von 20 Sgr. bis 2 Thlr., zum Versandt sehr geeignet, empfiehlt die Konditorei

A. Pfitzner
am Markte.

Breitestraße 12.
ist eine kleine Wohnung wie auch eine große Remise zu vermiethen.

Gewinne von fl. 200,000,

fl. 100,000, 50,000, 20,000, 15,000, 12,000 2c. 2c.

enthält die von der königl. Preuß. Regierung genehmigte

153. Frankfurter Stadt-Lotterie

Ziehung erster Klasse am 11. u. 12. December 1867.

Originalloose $\frac{1}{1}$ à Thlr. 3. 13 Sgr. $\frac{1}{2}$ à Thlr 1. 22 Sgr., $\frac{1}{4}$ à 26 Sgr., $\frac{1}{8}$ a 13 Sgr. versendet auf umgehende Bestellung gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrages

J. S. Rosenberg, Göttingen.
Kgl. Preuß. Haupt-Collection.

Breitestraße 15.

ist eine **Wohnung, möblirte** und **unmöblirte Zimmer,** sofort und vom 1. Januar zu vermiethen.

Wilhelmsplatz 5. sind zwei Zimmer, möblirt oder unmöblirt, in der ersten Etage sofort zu vermiethen. Zu erfragen **Eisenmagazin,** Judenstraße 2.

Alten Markt 66. ist eine Stube u. Küche z. v. Näh. bei **J. M. Friedländer,** Markt 54.

St. Martin 43. ist eine kleine Wohnung im Hinterhause, 2 Treppen hoch, sofort oder z. 1. Januar zu verm. Das Nähere bei der jetzigen Mietherin Frau **Kretschmer.**

Zwei Zimmer, zum Komtoir sich eignend, in guter Geschäftsgegend, Parterre oder erste Etage, werden zu Neujahr oder später zu miethen gesucht.

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition der „Posener Zeitung".

Berdychowoer Damm 6. ist sofort eine herrsch. Wohn. mit u. ohne Stallung zu beziehen.

In der **seit 8 Jahren** erscheinenden rühmlichst bekannten

Vakanzen-Liste

sind wöchentlich mehrere Hunderte von **offenen Stellen** für Kaufleute, Landwirthe, Forstbeamte, Lehrer, Gouvernanten, Chemiker, Techniker, Werkführer, sowie Beamte aller Art **direct** angemeldet und annoncirt. **Stellesuchende,** welche die Absicht haben, sich schnell ohne Commissionair und weitere Unkosten zu placiren, oder ihre Stellen gegen bessere Placements gelegentlich zu vertauschen, finden hierzu **nur durch die Vakanzen-Liste** günstigste Gelegenheit, da nicht allein bei jeder Vakanz die **directen** Adressen der Prinzipäle etc., sondern grösstentheils auch die Engagements-Bedingungen genau angegeben sind. Das **Abonnement** für 5 Nummern 1 Thlr., für **13** Nummern 2 Thlr., beginnt am Tage der Bestellung, und wird dafür das Blatt prompt 4 resp. 13 Wochen lang an jede aufgegebene Adresse **franco** expedirt **nur** von ***A. Retemeyers Zeitungs-Bureau*** in **Berlin.**

☞ **Zur Empfehlung** der **„Vakanzen-Liste"** dürfte die Thatsache dienen, dass nun bereits 12 Mal **Nachahmungen** versucht worden sind, welche sämmtlich nach kurzer Zeit wieder aufgehört haben! **Kein** Commissionsgeschäft.

Ein verheiratheter Wirthschafts-Inspektor, dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, 1000 Kaution leisten kann, sucht wegen Besitzveränderung, einen selbstständigen Posten. Gef. Off. mit Gehaltsbewilligung 2c. beliebe man an Herrn Rentier ***Schirmer*** zu **Görlitz** zu übersenden.

Ein Weinreisender, der die Provinzen Posen und Preußen schon längere Zeit bereist, wird zu engagiren gewünscht. Hierauf Reflektirende wollen sich bei Herrn ***Adolph Russak*** in **Posen** melden.

Ein **Lehrling,** ohne Unterschied der Konfession, mit den nöthigen Schulkenntnissen, wird vom 1. Januar ab gesucht im **Haupt-Eisen-Magazin,** Judenstraße 2.

Ein **Gehülfe** und ein **Lehrling** für Kolonial- u. Eisenwaaren können placirt werden bei ***Carl Wercker,*** Margonin.

Zum sofortigen Antritt wird ein **Lehrling** gesucht für mein Materialwaaren- und Eisengeschäft. ***A. Kolhenbücher.***
Birnbaum.

☞ Für mein Ledergeschäft suche ich einen **Lehrling.** ***Eduard Möller.***

Ein **Lehrling** findet Anstellung in meinem Destillationsgeschäft.
H. Friedmann in Trzemeszno.

Ein junges Mädchen
sucht eine Stelle als Gesellschafterin oder Stütze der Hausfrau. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Ein junger Mann, der das Speditionsgeschäft in Stettin erlernt hat, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen in einem Geschäfte irgend welcher Branche Stellung.

Adressen beliebe man unter ***G. 30.*** in der Expedition dieser Zeitung niederzulegen.

Ein **Regenschirm** ist in meinem Laden stehen geblieben. Gegen Erstattung der Insertionsgebühren vom Eigenthümer abzuholen
Esterka, Markt 93.

☞ **Stereoscopen.** ☜

Ein Apparat und 12 schwarze Bilder (Landschaften und Gruppen) 1 Thlr.

Ein Apparat und 12 Bilder (6 Landschaften, 6 kol. Gruppen) 1 Thlr. 10 Sgr.

Ein Apparat und 10 kolor. Gruppen und Landschaften, und 2 feine Transparentbilder 2 Thlr.

Je nach der Güte des Apparats und der Bilder steigern sich die Preise verhältnißmäßig. Apparate jeder Konstruktion und Bilder der feinsten Qualität, Ansichten aller Länder u. Städte, Gruppen, Augenblicks- und Wasserbilder, Transparent- und Glasbilder 2c. 2c. sind in größter Anzahl und Auswahl auf Lager.

Ansichtssendungen auf kurze Zeit werden mit Vergnügen gemacht.

Joseph Jolowicz, Markt 74.

Die schon seit langer Zeit als gediegen anerkannten, schön ausgestatteten und daher allgemein beliebten Bücher aus dem

Jugendschriften-Verlag

von **Winckelmann & Söhne in Berlin** werden hiermit bestens empfohlen und sind in allen Buchhandlungen zu haben, oder durch dieselben zu beziehen. In **Posen** in **Behrs** Buchh., bei **J. J. Heine, J. Jolowicz, Ernst Rehfeld, Louis Türk.**

---

19. Auflage. Diamant-Volksausgabe.

Die Lieder des Mirza Schaffy

mit einem Prolog von
Friedrich Bodenstedt.

Eleg. kart. Preis $12\frac{1}{2}$ Sgr. Eleg. geb. mit Goldschnitt Preis $22\frac{1}{2}$ Sgr.

„Sagt, was die Welt im Tausch uns giebt
Für unser lustig Leben!
Die Wonne, die ein Rausch uns giebt,
Wer mag uns Beff'res geben?
Nur Eins kenn' ich, das schöner ist:
Wenn Du, Hafisa, bei mir bist,
Mit Küssen und mit Scherzen!"

Vorräthig in der Buchhandlung von
Joseph Jolowicz,
Markt 74.

Weihnachtsgeschenke !!

Jugendschriften u. Prachtwerke

hat in größter Auswahl in deutsch., poln. und franz. Sprache vorräthig und versendet auf Verlangen zur Ansicht

M. Leitgeber's Buchhandlung
Posen, Hotel du Nord, **Wilhelmspl. 3.**

Klassiker
in eleganten Einbänden

zu herabgesetzten Preisen:
Göthe's Werke Thlr. 11,
Schillers Werke à Thlr. 2, $3\frac{1}{3}$ und 4,
Lessings poet. u. dram. Werke 15 Sgr.,
Lessings Werke, vollständig Thlr. $3\frac{1}{3}$,
Wielands Werke Thlr. 8,
Heine's Werke Thlr. 12,
Humboldts Kosmos Thlr. $3\frac{2}{3}$,
Humboldts Reisen Thlr. $1\frac{4}{5}$,
Auerbach Dorfgeschichten Thlr. $1\frac{5}{6}$,
Chamisso's Werke Thlr. $3\frac{1}{2}$,
Shakespeare's Werke à Thlr. $1\frac{5}{6}$, Thlr. $4\frac{1}{2}$ und Thlr. 8.

Ernst Rehfeld
in Posen, Wilhelmsplatz 1.

! Spiele, Spiele, Spiele!

Gesellschafts- und **Aufstellspiele** für die Jugend, von **6 Sgr. bis 2 Thlr.** empfiehlt in reicher Auswahl

Louis Türk, Wilhelmsplatz 4.

Der Kalender des Lahrer hinkenden Boten für 1868, 11 Bogen, Preis nur 4 Sgr. mit einer Prämien-Vertheilung von baaren 250 Thlr. ist stets vorräthig bei *E. Rehfeld, J. J. Heine, J. Jolowicz, M. Leitgeber, J. Lissner, B. Behr, L. Türk.*

Saison-Spiele 1867.

Storch-Mops-Frosch-Spiel.	Hans im Glück.
Die Wolfsschlucht.	Steppchen, der Pfiffikus.
Irrfahrten des Odysseus.	Reineke, der Fuchs.
Napoleon auf der Retirade.	Sonne, Mond und Sterne.
Rothkäppchen und Sneewittchen.	Peter in der Fremde.

Preis 15 Sgr. Pracht-Ausgabe 1 Thlr. 10 Sgr.
Verlag der **Plahn**schen **Buchhandlung** (Henri Sauvage), Jägerstraße 38.

Empfehlenswerthes Festgeschenk.

G. M. Rocke, **Saitenspiel dem Herrn.**

Schlichtes Lied
Für schlicht Gemüth.
2. Auflage.

Geh. 1 Thlr. Eleg. geb. m. Goldschnitt 1 Thlr. 12 Sgr.

Die geistlichen Lieder, die der Dichter in seinem Saitenspiel bietet, verkünden in einfacher, zu Herzen gehender Weise ein praktisches Christenthum und können bestens empfohlen werden. Sie geben zu irgend einem kernvollen Bibelspruche unter häufiger Anknüpfung an die Natur erbauliche, gemüthliche, oft recht originelle Glossen. Kein religiöser Christ wird diese Gesänge ohne Erbauung lesen, und das ganze Saitenspiel als Andachtsbuch von Segen sein.

Verlag von ***Schroedel & Simon*** in Halle. Zu haben in allen Buchhandlungen, in Posen bei **Ernst Rehfeld,** *Wilhelmsplatz 1.*

Auf mehrseitig gegen mich geäußerten Wunsch gedenke ich über die Fragen:

Welche Gründe veranlassen es, daß eine Erweiterung der **Erwerbsthätigkeit des weiblichen Geschlechts** erstrebt wird und was ist oder kann in dieser Hinsicht vernünftiger Weise geschehen?

Freitag den 13. Dezbr. 8 Uhr Abends im Logensaale

einen Vortrag zu halten, zu dem ich Damen und Herren, die sich für diese Angelegenheit interessiren, hierdurch ehrerbietigst einlade.

Dr. Barth.

Am Freitag den 13. Dezember c. findet die statutenmäßige General-Versammlung des Beamten-Spar- und Hülfs-Kassen-Vereins im **Lambert**schen **Saale** von Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr ab statt.

Gegenstände der Verhandlung sind:
1) Rechenschaftsbericht;
2) Decharge der Rechnung pro 1865/66;
3) Wahl eines neuen Vorstandsmitgliedes;
4) Wahl der Revisoren für die Rechnung pro 1866/67.

Die geehrten Mitglieder des Vereins werden hierzu ergebenst eingeladen.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Jenny** mit dem Kaufmann Herrrn **Isidor Meschelsohn** aus Berlin beehren sich Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 11. Dezember 1867.

Louis Wollenberg und **Frau.**

Als Verlobte empfehlen sich
Jenny Wollenberg
Isidor Meschelsohn.
Posen. Berlin.

Am Montag den 9. d. M. Mittags $1\frac{1}{2}$ Uhr ist meine liebe Frau **Mathilde** geb. **Friedeberg** von einem gesunden kräftigen Knaben entbunden worden.

Birnbaum, im Dezember 1867.

Emil Rothe.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. A. Lüdtge in Berlin mit dem Kaufmann K. Grahlmann in Frankfurt a. O., Frl W. Betzien in Dollgow mit dem Hrn. A. Wöller in Rheinsberg, Frl Th. Fritzsche in Leipzig mit dem Hrn. G. Kettner in Berlin, Frl. F. Ratt in Greifenhagen mit dem Buchbindermeister W. Schade in Berlin, Frl C. Mittag in Berlin mit dem Hrn. W. Burmeister in Oldenburg.

Verbindungen. Hr. E. Katzenberg mit Frl. A. Kuhnt in Berlin, Dr. med. K. Martini in Breslau mit Frl. P. Friederici in Berlin, Missionar Th. Jellinghaus mit Frl. M. Prochnow in Hazoribogh.

Geburten. Ein Sohn: Herrn Theodor Daege in Berlin, Herrn F. Nexhausen in Berlin, dem Dr. Werner in Berlin, Herrn C. L. Köppen in Berlin, Herrn Heinrich Kutzke in Berlin, Herrn Hermann Zimmermann in Berlin, Hrn. Friedrich Pape in Berlin, Herrn W. Hilgenfeld auf Grafenbrücker Mühle, dem Hauptm. Ising in Berlin, dem Justizrath v. Radecke in Halle, dem Lieutenat Stumm in Frankfurt a. M. Eine Tochter: Hrn. Herrmann Cohn in Berlin, Hrn. W. Bindseil in Berlin, Hrn. Ludw. Barkowski in Berlin, dem Lieuten. Steinhardt in Mainz.

Todesfälle. Verw. Frau Kar. Frentzel in Berlin, Frau Geh. Rechnungsräthin Flaminius in Berlin, Königl. Hegemeister Schröder auf Forsthaus Schmerberg, Frau Henr. Gerold in Hannover, Majoratsherr Heinrich Sigismund Tepper v. Trzcbon-Ferguson auf Kolonie Steglitz bei Steglitz, Ober-Amtmann F. Ulrich Sohn August auf Kommende Griefstedt, Oberförster Kolbe Sohn Max in Neu-Sternberg, Hr. Ulrich Karl Otto v. Zech in Gotha, Frau Emilie Schröder in Berlin.

Stadttheater in Posen.

Donnerstag den 12. Dezember. Zum ersten Male: **Der geheime Agent.** Lustspiel in 4 Akten von F. W. Hackländer. — Zum Schluß: Zum 2. Male: **Die Kalospintechromokrene** (Schön-Funken-Farben-Quelle), oder: **Die Krystallgrotte der Najaden.** In 3 Abtheilungen. 1. Abtheilung: **Die Grotte der Najaden.** — 2. Abtheilung: **Apollo unter den Kaskaden.** — 3. Abtheilung. **Die Wunderfontaine.** Unter Direktion des Herrn **Löckermann aus Berlin.**

Freitag den 13. Dezbr. Wegen Krankheit des Herrn **Schäfer** kann die angekündete Oper **„Margaretha"** nicht stattfinden. Dafür: Zum dritten Male: **Die Kalospintechromokrene.** (Schön-Funken-Farben-Quelle), oder: **Die Krystallogrotte der Najaden.** In 3 Abtheilungen. 1. Abtheilung: **Die Grotte der Najaden.** — 2. Abtheilung: **Apollo unter den Kaskaden.** — 3. Abtheilung: **Die Wunderfontaine.** Unter Direktion des Herrn **Löckermann aus Berlin.** Vorher: **Die Ehestifterin.** Schwank in 2 Akten nach dem Französischen von A. Winter. Darnach zum dritten Male: **Die schöne Galathea.** Operette in 1 Akt von Poly Henrion. Musik von Franz von Suppée.

Sonnabend den 14. Dezbr. Neu einstudirt: **Margaretha.** Große Oper in 5 Akten. Musik von Gounod.

Gebrüder Pohl, Optiker, Posen,
Wilhelmsstraße 9.



empfehlen als nützliche und praktische **Weihnachtsgeschenke: Operngläser** in den elegantesten Façons von 3 Thlr. an, **Fernröhre** zur genauen Erkennung meilenweit entfernter Gegenstände à 3 Thlr. Ausgezeichnete **Mikroskope** à 4 Thlr. **Reiszeuge** für Schüler und Zeichner à 1 Thlr. Salon, Nipptisch und Fensterthermometer von 15 Sgr. an. **Barometer** in den zweckmäßigsten Formen von $2\frac{1}{2}$ Thlr. an. Die elegantesten **Damen-** und **Herren-Lorgnetten,** Pince-nez in Gold, Silber u. Schildkröte. Stereoskopen mit den reizendsten Bildern sollen, um gänzlich damit zu räumen, für die Hälfte der früheren Preise verkauft werden. — Auswärtige Aufträge werden pünklichst ausgeführt.

Hildebrand's Sommertheater.

L. Broekmann's Cirque Quadrumane.

Heute Freitag den 13. Dezember: Große Vorstellung Abends 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. (Zum 1. Male: „Sphynx" durch den schwarzen Pavian Pepita.) Sonntag den 15. Dezember zwei Vorstellungen um 4 u. 7 Uhr. Billets vorher im Theater und beim Portier im Hôtel de Rome. *L. Broekmann.*

Volksgarten-Saal.

Freitag den 13. Dezember:
Vorletzte
große und Gala-Vorstellung
der berühmten Künstler-Gesellschaft
Gebr. Matula,
k. k. russische und k. schwedische Hofkünstler.

Die Vorstellung besteht in physikalischen Experimenten, equilibristischen Produktionen, Gymnastik 2c. 2c.
Zum Schluß derselben:

Matula's Sphinx,

der lebend sprechende Kopf. Orakel des neunzehnten Jahrhunderts.

Entrée à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr. Numerirter Platz 5 Sgr. Anfang 7 Uhr.

☞ Sonntag den 15. Dezember: **Letzte Vorstellung.** ***Emil Tauber.***

Aschs Café, Markt 10.

Heute und die folgenden Abende **Konzert** von der Sängergesellschaft **Walter** aus Böhmen.

Gesellschafts-Garten.

Heute und die folgenden Tage **Konzert** von der Sängergesellschaft **Blumenthal.**

E. Fehrle.

Donnerstag den 12. Dezbr. **Eisbeine** mit Meerrettig bei ***H. Schulze,*** Friedrstr. 28.

Von den so sehr beliebten Würstchen treffen täglich frische Sendungen ein und empfiehlt dieselben in der Liqueur- u. Frühstückstube Wronkerstr. Nr. 6.

Auswärtige Aufträge werden prompt effektuirt. Auch empfehle ich Wiener Wallwürste, wie auch Cervelat-, Leberwürste, Roulade, Grätzer und Posener Flaschenbier.

S. Kaplan.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 12. Dezember 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe $85\frac{1}{2}$ Br., do. Rentenbriefe $89\frac{3}{4}$ Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84 Gd., Schubiner $4\frac{1}{2}$% Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe —.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] gek. 50 Wispel, pr. Dezbr. $69\frac{1}{2}$, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 $69\frac{1}{2}$, Jan.-Febr. 1868 —, Febr.-März 1868 —, März-April 1868 —, Frühjahr 1868 $70\frac{1}{2}$.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gek. 3000 Quart, pr. Dezbr. $19\frac{1}{3}$, Jan. 1868 $19\frac{13}{24}$, Febr. 1868 $19\frac{19}{24}$, März 1868 20, April 1868 $20\frac{1}{4}$, Mai 1868 $20\frac{1}{2}$.

[Privatbericht.] **Wetter:** Mild. **Roggen** still, gek. 50 Wispel, pr. Dezbr. $69\frac{1}{2}$ bz. u. Br., Dezbr.-Jan. $69\frac{1}{2}$ bz. u. Br., Frühjahr $70\frac{1}{2}$ bz u. Br., $\frac{1}{4}$ Gd.

Spiritus wenig verändert, gek. 3000 Quart, pr. Dezbr. $19\frac{3}{8}$ bz., Br. u. Gd., Jan. $19\frac{7}{12}$—$\frac{13}{24}$ bz. u. Gd., $\frac{7}{12}$ Br., Febr. $19\frac{5}{6}$ Br., März 20 Br. u. Gd., April $20\frac{1}{4}$ Gd, April-Mai $20\frac{5}{12}$ Gd. u. Br., Mai $20\frac{2}{3}$ Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 11. Dezbr. **Wind:** NW. **Barometer:** 27⁹. **Thermometer:** Früh 1° +. **Witterung:** Klar und thauend.

Ueber den heutigen Markt ist wenig von Interesse zu berichten. Der Geschäftsverkehr in **Roggen** war gar nicht belebt und es sind denn auch in den Preisen keine oder nur unerhebliche Veränderungen vorgekommen. Loko ist nach wie vor der Handel schleppend, Anerbietungen sind dem Begehr überlegen und nicht wenig wird nur gekauft, um demnächst zur Kündigung gebracht zu werden. Der Markt schließt matt. Gekündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis $75\frac{3}{4}$ Rt.

Weizen in beschränktem Verkehr, aber wieder etwas besser bezahlt. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis $87\frac{3}{4}$ Rt.

Hafer loko und Termine fest.

Rüböl ließ ein wenig festere Haltung erkennen, doch kam es nur zu geringem Handel. Gekündigt 200 Ctr. Kündigungspreis $10\frac{1}{2}$ Rt.

Spiritus war nur eben preishaltend, die Anerbietungen genügten vollauf der vorhandenen mäßigen Kauflust. Gekündigt 10,000 Quart. Kündigungspreis $20\frac{11}{24}$ Rt.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 85—103 Rt. nach Qualität, hochbunter poln. 97 Rt. bz., pr. 2000 Pfd. per diesen Monat $87\frac{3}{4}$ Rt. bz., April-Mai 91 bz., Mai-Juni $92\frac{1}{2}$ bz.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. $74\frac{1}{2}$—75 Rt. bz., per diesen Monat $75\frac{3}{4}$ a 76 a $75\frac{3}{4}$ Rt. bz., Dezbr.-Jan. $74\frac{3}{4}$ a 75 bz., April-Mai $74\frac{1}{2}$ a 75 a $74\frac{3}{4}$ bz., Mai-Juni 75 bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 47—57 Rt. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 31—33 Rt. nach Qualität, 32 a $\frac{1}{2}$ Rt. bz., per diesen Monat 32 Rt. Br., April-Mai 33 bz., Mai-Juni $33\frac{7}{8}$ a 34 bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 65—78 Rt. nach Qualität, Futterwaare 65—78 Rt. nach Qualität, Mittel- 70 a 72 Rt. bz.

Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 10⅝ Rt., flüssiges 10¾ Rt. bz., per diesen Monat 10½ a $\frac{7}{12}$ Rt. bz., Dezbr.-Jan. 10½ a $\frac{7}{12}$ bz., Jan.-Febr. 10$\frac{7}{12}$ a ⅝ bz., April-Mai 10⅞ bz.

Raps pr. 1800 Pfd. 78—82 Rt.

Rübsen, Winter-, 77—81 Rt.

Leinöl loko 13 Rt. Br.

Spiritus pr. 8000% loko ohne Faß 20⅞ a $\frac{5}{12}$ Rt. bz., per diesen Monat 20$\frac{5}{12}$ a ½ Rt. bz., ½ Br. u. Gd., Dezbr.-Jan. 20$\frac{5}{12}$ a ½ bz., ½ Br. u. Gd., Jan.-Febr. 20$\frac{11}{24}$ a $\frac{13}{24}$ bz., $\frac{7}{12}$ Br., ½ Gd., April-Mai 21⅙ a $\frac{5}{24}$ bz., ¼ Br., ⅙ Gd., Mai-Juni 21⅓ a $\frac{5}{12}$ bz., Br. u. Gd., Juni-Juli 21⅔ a ⅔ bz.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 6½—6¼ Rt., Nr. 0. u. 1. 6⅙—6 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 5⅚—5⅙ Rt., Nr. 0. u. 1. 5⅙—4⅚ Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. (B. H. Z.)

Stettin, 11. Dezbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Schön, Nachts Regen und Sturm, + 3° R. Barometer: 27. 5. Wind: NNW.

Weizen höher bezahlt, p. 2125 Pfd. gelber 94—96 Rt., feiner 97 Rt., ungarischer 86—89 Rt., feiner 90—92 Rt., geringer 82—84 Rt., bunter 93—96 Rt., feiner weißer 98—100 Rt., p. 83/85pfd. gelber pr. Dezbr. 95 Rt. Br., Frühjahr 98, 97¾, ½ bz.

Roggen etwas höher, Schluß matter, p. 2000 Pfd. 73—74 Rt., feiner 75 Rt., geringer 70—72 Rt., pr. Dezbr. 73½ Rt. bz. u. Br., Frühjahr 73¾, ½ bz., 74 Br.

Gerste flau, p. 1750 Pfd. schles. und ungar. 51 Rt., oderbrucher 50½—51 Rt., mähr. 53 Rt., märk. 51¾ Rt.

Hafer p. 1300 Pfd. 34½—35 Rt., p. 47/50pfd. pr. Frühjahr 36½ Rt. bz.

Erbsen p. 2250 Pfd. loko 64½—67 Rt. nach Qualität, pr. Frühjahr Futter- 66 Rt. Gd.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
90—96	72—75	48—52	32—36	66—68 Rt.

Heu 15—17½ Sgr., Stroh 7—8 Rt.

Kartoffeln 22½—27½ Sgr.

Rüböl wenig verändert, loko 10⅓ Rt. Br., pr. Dezbr., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 10⅙ Rt. bz. u. Br., April-Mai 10¾ bz, Gd. u. Br.

Rapskuchen, fremde frei Bahn 2 Rt. 5½ Sgr. bz., hiesige 2¼ Rt. bz.

Spiritus fest und etwas höher, loko ohne Faß 20⅓ Rt. bz., pr. Dezbr. und Dezbr.-Jan. 20⅙ Rt. Br., Frühjahr 21 Br.

Angemeldet: 10,000 Quart Spiritus.

Regulirungspreise: Weizen 95 Rt., Roggen 73½ Rt., Rüböl 10⅙ Rt., Spiritus 20⅙ Rt.

Leinsamen, Pernauer 12⅔ Rt. bz.

Hering, schott. crown und full Brand 10$\frac{7}{12}$—⅔ Rt. tr. bz.

Petroleum loko 6⅔, $\frac{11}{12}$ Rt. bz., pr. Dezbr. 6⅔ Rt. bz. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 11. Dezbr. [Produktenmarkt.] Wind: West. Wetter: Bedeckter Himmel, früh 0° Wärme. Barometer: 27" 2'''. — Wir haben vom Verlauf des heutigen Marktes wenig Verändertes zu berichten, der Geschäftsverkehr blieb ruhig, Preise unverändert. Die Zufuhren dürften in Folge des starken Schneefalles zurückgeblieben sein.

Weizen gefragt, wir notiren p. 84 Pfd. weißer 100—107—114 Sgr., gelber 98—107—112 Sgr., feinster 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt.

Roggen in fester Haltung, wir notiren p. 84 Pfd. 86—88 Sgr.

Gerste verharrte in vorherrschend matter Stimmung, wir notiren p. 74 Pfd. 55—65 Sgr.

Hafer reichlich zugeführt, p. 50 Pfd. 36—37 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Hülsenfrüchte. Kocherbsen angeboten, 77—80 Sgr., Futtererbsen a 72—75 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken beachtet, p. 90 Pfd. 60—63 Sgr.

Bohnen wenig beachtet, p. 90 Pfd. 90—99 Sgr., feinste über Notiz.

Lupinen schwach beachtet, p. 90 Pfd. 44—48 Sgr.

Buchweizen offerirt, p. 70 Pfd. 58—61 Sgr.

Kukuruz mit 83—88 Sgr. p. 100 Pfd. angeboten.

Roher Hirse 75—82 Rt. p. 84 Pfd.

Oelsaaten reichlich zugeführt, Winterraps p. 150 Pfd. 190—192—202 Sgr., Winterrübsen 180—184—190 Sgr., Sommerrübsen 170—176 Sgr., Leindotter 160—174 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Schlaglein preishaltend, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto 5⅚—6½—6¾ Rt.

Hanfsamen wenig angeboten, p. 60 Pfd. Brutto a 54—56 Sgr.

Rapskuchen begehrt, wir notiren a 63—66 Sgr. p. Ctr.

Leinkuchen 90—94 Sgr. p. Ctr.

Kleesaat wenig Umsatz, roth 13½—14½—15½, weiß 15½—18½—20 Rt., hochfein bis 22 Rt. p. Ctr.

Kartoffeln 30—38 Sgr. p. Sack a 150 Pfd. Brutto, 1¾—2 Sgr. p. Metze.

Breslau, 11. Dezbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, behauptet, ordin. 12½—13½, mittel 14—14¾, fein 15—15⅓, hochfein 15½—15⅚.

Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, gek. 4000 Ctr., pr. Dezbr. 69¾ bz., Dezbr.-Jan., Jan.-Febr. und Febr.-März 69½ Gd, März-April 70 bz., April-Mai 69½—70¼—70 bz. u. Gd.

Weizen pr. Dezember 90 Br.

Gerste pr. Dezember 55 Br.

Hafer pr. Dezember 50 Br.

Raps pr. Dezember 92 Br.

Rüböl wenig verändert, gek. 150 Ctr., loko 10⅙ Br., pr. Dezbr. 10$\frac{1}{12}$ bz., Dezbr.-Jan. 10$\frac{1}{12}$ bz., Jan.-Febr. 10⅛ bz., Febr.-März 10¼ Br., April-Mai 10$\frac{5}{12}$ Br.

Spiritus höher, gek. 5000 Quart, loko 19⅚ Br., **19¾ Gd.,** pr. Dezbr. 19⅔ bz, Dezbr.-Jan. 19⅔ Br., April-Mai 20$\frac{5}{12}$ bz., Mai-Juni 20½ bz., Juni-Juli 20¾ Gd.

Zink ruhig, aber fest. Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 11. Dezember 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weizen, weißer	110—114	107	101—105 Sgr.	pr. Scheffel.
do. gelber	109—111	107	101—103	"
Roggen	88	87	85—86	"
Gerste	62—65	59	55—57	"
Hafer	37	36	35	"
Erbsen	78—80	76	72—74	"

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 11. Dezbr. Weizen 87—90 Rt., Roggen 76—78½ Rt., Gerste 50—54 Rt., Hafer 31½—32½ Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare flau und behauptet, Termine fest. Loko ohne Faß 20½ Rt., pr. Dezbr., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 20½ Rt., Febr.-März 20¾ Rt., März-April 21 Rt., April-Mai 21¼ Rt., Mai-Juni 21¾ Rt., Juni-Juli 22½ Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1½ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus behauptet. Loko 19$\frac{11}{12}$ Rt. (Magdb. Ztg.)

Bromberg, 11. Dezbr. Wind: West. Witterung: Nachts Schneefall. Morgens 1° Wärme. Mittags 2° Wärme.

Weizen 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 90—96 Thlr. pr. 2125 Pfd. Zollgewicht, 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 12 Lth. Zollgewicht) 98—101 Thlr. pr. 2125 Pfd. Zollgewicht. Feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 118—122pfd. holl. (77 Pfd. 18 Lth. bis 80 Pfd. 16 Lth. Zollgewicht) 68—70 Thlr. pr. 2000 Pfd. Zollgewicht, schwerere Qualität 1 Thlr. höher.

Kocherbsen 66—68 Thlr., Futtererbsen 62—64 Thlr. pr. 2250 Pfd. Zollgewicht.

Große Gerste 52—55 Thlr. pr. 1875 Pfd. Zollgewicht.

Spiritus 20¾ Thlr. p. 8000 % Tr. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 11. Dezbr., Nachmittags 1 Uhr. Thauwetter. Weizen matt, loko 10, pr. Dezember 9, 8, pr. März 9, 16, pr. Mai 9, 17. Roggen unverändert, loko 8, 15, pr. März 8, 3, pr. Mai 8, 5. Rüböl still, loko 12$\frac{3}{10}$, pr. Mai 12$\frac{4}{10}$. Leinöl loko 12¾. Spiritus fest, loko 24¾.

Hamburg, 11. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loko trotz mangelnder Schiffsgelegenheit fest. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 169 Bankothaler Br., 168 Gd., pr. Dezbr.-Januar 168½ Br., 168 Gd, pr. Frühjahr 170 Br., 169 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., pr. Dezbr.-Januar 136 Br., 135 Gd., pr. Frühjahr 134 Br., 133 Gd. Hafer fester. Rüböl fest, loko 22⅝, pr. Mai 23½. Spiritus stille. Kaffee und Zink geschäftslos. — Thauwetter.

London, 11. Dezbr., Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesammt-Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 31,350, Gerste 8110, Hafer 37,740 Quarters.

Weizen sehr ruhig, zu Montagspreisen nominell. Gerste und Hafer ruhig, unverändert. Talg 42½. — Wetter: Feucht.

London, 11. Dezbr., Abends. Regenwetter. Reis ruhig. Zucker-Geschäft lebhaft zu vollen Preisen. Rosinen-Auktion schleppend.

Bei der ostindischen Indigo-Auktion wurden 4—6 Pence höhere Preise erzielt.

Liverpool (via Haag), 11. Dezbr., Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Weichend.

New Orleans 7⅞, Georgia 7⅝, fair Dhollerah 6, middling fair Dhollerah 5⅝, good middling Dhollerah 5¼, Bengal 4¾, good fair Bengal 5¼, New fair Domra 5¾, good fair Domra 6¼, Pernam 8.

Philadelphia, 10. Dezbr. (Pr. atlantisches Kabel.) Petroleum raffinirt, Type weiß, 24½.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
11. Dezbr.	Nachm. 2	27" 2''' 54	+ 1°8	WNW 2-3	trübe. St.
11. "	Abnds. 10	27" 3''' 25	— 0°4	NW 2-3	heiter. St., Cu.
12. "	Morg. 6	27" 0''' 77	— 0°6	NW 1	halb heiter. St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. Dezbr. 1867 Vormittags 8 Uhr 2 Fuß — Zoll.
" " 12. " " " " 1 " 11 "

Telegramm.

Berlin, 13. Dezember. Das Abgeordnetenhaus nahm ohne Debatte das Krondotationsgesetz an, dagegen die äußerste Linke. Der Finanzminister überreicht einen Gesetzentwurf betreffend die Ueberweisung der noch vorhandenen Darlehnskassenscheine „1,228,000" an die Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen für zu begründende Darlehnskassen. Der Finanzminister verheißt ferner Gesetze betreffend die Eisenbahnanlagen in der Provinz Preußen. Es folgt die Etatberathung des Finanzministeriums.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 11. Dezember 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	97 G
Staats-Anl. 1859	5	103¼ bz
do. 54, 55, 57	4½	96⅝ bz
do. 56	4½	96⅝ bz
do. 1859, 1864	4½	96⅝ bz
do. 50, 52 conv.	4	90⅛ bz
do. 1853	4	90⅛ bz
do. 1862	4	90⅛ bz
Präm.St.Anl.1855	3½	116⅛ bz
Staats-Schuldsch.	3½	83¾ bz
Kurh.40 Thlr.Loose	—	53¼ G
Kur-u.Neum.Schldv	3½	79⅛ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	102 bz
do. do.	4½	97¼ B
do. do.	3½	80¼ B
Berl.Börsenh.-Obl.	5	100¾ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	76 bz
Märkische	4	86⅜ bz
Ostpreußische	3½	77¼ bz
do.	4	83¼ bz
Pommersche	3½	75¼ bz
do. neue	4	86¼ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	85¼ G
Schlesische	3½	83⅛ bz
do. Litt. A.	4	— —
Westpreußische	3½	76¼ bz
do.	4	82¼ G
do. neue	4	82 bz
do. do.	4½	90⅛ bz
Rentenbriefe: Kur-u.Neumärk.	4	90⅛ bz
Pommersche	4	90¼ bz
Posensche	4	89⅞ bz
Preußische	4	89¾ bz
Rhein.-Westf.	4	92½ B
Sächsische	4	90¾ bz
Schlesische	4	90⅞ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48 bz u G
do. National-Anl.	5	55¼ bz u G
do. 250 fl.Präm.Ob.	4	63¼ G
do.100fl.Kred.Loose	—	72¾ bz
do.5prz.Loose(1860)	5	69⅞ bz
do.Pr.-Sch.v.1864	—	42¼ bz u B
do. Slb.-Anl. 1864	5	60¼ G
Italienische Anleihe	5	44⅛ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	61⅛ bz
6. do.	5	76¼ bz
Englische Anl.	5	85⅛ etw bz
N.Russ.Egl.Anl	3	52 G
do. v. J. 1862	5	85⅝ bz
do. 1864	5	87 G
do. engl.	5	84¾ G
doPr.-Anl.1864	5	103 bz
Polnische: Poln.Schatz-O.	4	gr 63¾ etw bz
do. kl.	4	62¾ G
Cert. A. 300 Fl.	5	91¾ G
Pfdbr. n. i. SR.	4	57¼ B
Part. O. 500 Fl.	4	94⅛ bz
Amerik. Anleihe	6	76¾-77 bz
NeueBad.35fl.Loose	—	29¼ B
DessauerPräm.Anl.	3½	— —
Lübecker Präm. Anl.	3½	47¼ etw bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	162½ G
Berl. Handels-Ges.	4	112 bz u G
Braunschwg. Bank-	4	94½ B
Bremer do.	4	117 etw bz
CoburgerKredit-do.	4	71¼ G
Danzig. Priv.-Bk.	4	112¼ etw bz
Darmstädter Kred.	4	80⅝ etw bz
do. Zettel-Bank	4	98¾ G
Dessauer Kredit-B.	0	2⅛ G
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	111⅛ Mehr bz
Genfer Kreditbank	4	23¾ bz
Geraer Bank	4	101¾ B
Gothaer Privat do.	4	91 B
Hannoversche do.	4	78½ G
Königsb. Privatbk.	4	112 G
Leipziger Kreditbk.	4	84¼ G
Luxemburger Bank	4	80¾ etw bz
Magdeb. Privatbk.	4	88⅛ G
Meininger Kreditbk.	4	92 etw bz
Moldau. Land. Bk.	4	13⅞ etw bz
Norddeutsche do.	4	116⅝ G
Oestr. Kredit- do.	5	76⅝-¾-⅝ bz
Pomm. Ritter- do.	4	90 G
Posener Prov. Bank	4	101 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	155 G
Schles. Bankverein	4	114 etw bz
Thüring. Bank	4	65 G
Vereinsbnk. Hamb.	4	111 G
Weimar. Bank.	4	81 etw bz
Prß. Hypoth.-Vers.	4	109 etw bz
do. do. Certific.	4½	— —
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	74½ bz
do. II. Em.	5	79 bz
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	93½ B
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	77⅛ bz
do. Lit. B.	3½	77⅛ bz
do. IV. Ser.	4½	— —
do. V. Ser.	4½	91¼ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	83 G
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	— —
do. II. Ser.	4½	91½ B
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	96¼ G
do. Litt. B.	4	95¾ G
Berlin-Hamburg	4	89¾ G
do. II. Em.	4	89¾ G
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	— —
do. Litt C.	4	85¾ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	83½
Berl.-Stet. III. Em.	4	83 bz
do. IV. S. v. St. gar.	4½	95¼ bz VI 83 bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	96¾ B
do. II. Em.	5	102⅝ B
do.	4	84 G
do. III. Em.	4	83¼ B
do.	4½	94½ B
do. IV. Em.	4	83⅝ bz
do. V. Em.	4	83¼ etw bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
do. IV. Em.	4½	85¼ G
Magdeb. Halberst.	4½	95¼ bz
Magdeb. Wittenb.	3	66⅞ bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	86 bz u G
Niederschles. Märk.	4	87 G
do. II. o.	4	— —
do. conv.	4	87 G
do. conv. III. Ser.	4	84¼ etw bz
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	99½ G
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	77¾ G
do. Litt. C.	4	— —
do. Litt. D.	4	— —
do. Litt. E.	3½	77¼ G
do. Litt. F.	4½	93¼ G [u G
Oestr. Französ. St.	3	254½ bz n 242b
Oestr. südl. Staatsb.	3	215-16-15½ bz
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. Prior. Obl.	4½	— —
do. 1862	4½	92¼ bz, 65r-
do. v. Staat garant	4½	96½ G
Rhein-Nahe v. St g.	4½	93⅜ bz
do. II. Em.	4½	93⅜ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	81¾ B
do. III. Ser.	4½	— —
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	91¾ B
Thüringer	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	— —

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	28¾ G
Altona-Kieler	4	129⅛ bz
Amsterd. Rotterd.	4	103¼ bz G
Berg. Märk. Lt. A.	4	139⅛ bz
Berlin-Anhalt	4	223¾ bz
Berlin-Hamburg	4	162 etw bz G
Berl. Potsd. Magd.	4	220 bz
Berlin-Stettin	4	136¼ bz
Berlin-Görlitz	4	78⅞ bz
do. Stamm-Prior.	5	— —
Böhm. Westbahn	5	61¾ bz G
Bresl. Schw. Freib.	4	125⅞ B
Brieg-Neiße	4	93 bz
Cöln-Minden	4	143 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	75¼ bz
do. Stamm-Pr	4½	85¼ B
do. do.	5	90⅛ bz
Gal. C.-Ludwg.	5	86¼ bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	154 G
Magdeb. Halberst.	4	188 bz
Magdeb. Leipzig	4	260¾ etw bz
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	127 bz
Mecklenburger	4	76 Post bz
Münster-Hammer	4	88½ B
Niederschles. Märk.	4	88¼ bz
Niederschl. Zweigb.	4	76 B
Nordb., Frd. Wilh.	4	96⅞ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	199⅛ bz
do. Lt. B.	5	179¼ bz
Oest. Franz. Staat.	5	135¼-34¾-35 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	96¾-⅞-⅞-⅞ bz
Oppeln-Tarnowitz	5	73⅛ B
Rheinische	4	119¾ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	28⅝-⅞-⅝ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	77¼ B
Stargard-Posen	4½	93¼ bz [etw bz
Thüringer	4	131 bz, jg. 110⅛

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¾ G
Gold-Kronen	—	9. 9⅞ bz G
Louisd'or	—	112¼ G
Sovereigns	—	6. 24⅝ bz
Napoleonsd'or	—	5. 13 G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	469½ G
Dollars	—	1. 12⅛ G
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 25 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Noten	—	99⅞ G
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ bz
Oestr. Banknoten	—	84¼ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	84⅛ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	166 B
Berl. Eisenb. Fab.	5	139 bz
Hörder Hüttenv. A.	5	109 B
Minerva, Brgw. A.	5	28⅝ G
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	390 G

Wechsel-Kurse vom 11. Dezember.

Amstrd. 250fl. 10 T.	3½	142¾ bz
do. 2 M.	3½	142⅜ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	151¾ bz
do. do. 2 M.	3	151 bz
London 1 Lstr. 3 M.	2	6 24⅝ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	2½	81$\frac{5}{12}$ bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	84-¼ bz
do. do. 2 M.	4	83⅛ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 24 G
Frankf. 100fl. 2 M.	3	56 26 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ G
do. do. 2 M.	4	99$\frac{5}{12}$ G
Petersb. 100R. 3 W.	7	92⅞ bz
do. do. 3 M.	7	91¼ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4½	111¼ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	83⅞ G

Die Börse war fester in Folge der besseren Pariser Kurse, das Geschäft nicht besonders belebt. Die Anfangs höheren Spekulationspapiere konnten sich nicht behaupten, blieben aber dann zu den herabgesetzten Preisen fest; der Schluß war denn auch wieder fester. Lombarden und Franzosen waren belebt, die von Wien abhängigen Papiere behauptet. Italiener waren etwas höher, den Pariser Notirungen folgend, aber nicht belebt. Amerikaner sehr fest. Von Russen wurden heute einmal wieder die lang vernachlässigten holländischen Anleihen gehandelt. Eisenbahnen fest. Rhein-Nahe matter, da es sich herausstellt, daß Schritte zur Fusion nicht gethan und die Unterschriften auf den Depeschen fingirt waren. Mecklenburger und Rheinische waren belebt und steigend. Banken fest und zum Theil höher, namentlich Sächsische belebt und angenehm. Preußische Fonds still und fest. — Rumänen 63⅛ bezahlt. — Erste Diskonten wurden mit 2⅝-½ bezahlt.

Breslau, 11. Dezember. Die Börse verkehrte Anfangs in steigender Tendenz, namentlich für Amerikanische 6proz. Anleihe und östreich. Kreditaktien, später trat eine kleine Abspannung ein, wodurch das Geschäft ermattete.

Schlußkurse. Oestr. Loose 1860 —. do. 1864 —. Bayrische Anleihe —. Schlesische Bank 114 B. Oestreich. Kredit-Bankaktien 76⅝ G. Reichenb.-Pardub. Prior. —. Oberschles. Prior.-Obligat. 78¾ B. do. do. 85¾ B. do. Lit. F. 93¼ G. do. Lit. G. 92$\frac{11}{12}$ B, 92$\frac{5}{12}$ G. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 125 bz u B. Friedr.-Wilhelm-Nordbahn —. Reisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. & C. 199⅛ B. do. Lit. B. 178¾ B. Oppeln-Tarnowitz 73½ G. Rechte Oder-Ufer-Bahn 73½ G. Kosel-Oderberg 75½ bz u B. Amerikaner 77-77¾-77 bz u B. Ital. Anleihe 44½ G.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 11. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlich fest. Nach Schluß der Börse Kredit-Aktien 178¾, Staatsbahn 236. Flau.

Schlußkurse. Preußische Kassenscheine 105. Berliner Wechsel 105. Hamburger Wechsel 88⅜. Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 95½. Wiener Wechsel 97½. 5 % östr. Anleihe von 1859 60⅝. Oestr. National-Anl. 53⅝. 5 % Metalliques —. Oestr. 5 % steuerfreie Anleihe 48¾. 4½ % Metalliques 40⅜. Finnländ. Anleihe —. Neue Finnländ. 4½ % Pfandbriefe —. 6 % Verein. St.-Anl. pro 1882 76¼. Oestreich. Bankantheile 659. Oestr. Kreditaktien 179. Darmstädter Bankaktien 201. Rhein-Nahebahn —. Meininger Kreditaktien 92½. Oestr.-franz. Staatsbahn-Aktien 237. Oestreich. Elisabethbahn 113½. Böhmische Westbahn —. Ludwigshafen-Bexbach 153½. Hessische Ludwigsbahn 127½. Darmstädter Zettelbank 245½. Kurhessische Loose 53½. Bayerische Prämien-Anleihe 98¾. Neue Badische Prämienanl. 96. Badische Loose 51. 1854er Loose 63. 1860er Loose 69⅝. 1864er Loose 73¾.

Hamburg, 11. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Mäßiges Geschäft.

Schlußkurse. Hamburger Staats-Präm.-Anl. 84⅜. National-Anleihe 54¾. Oestreich. Kreditaktien 75⅞. Oestr. 860er Loose 69. Staatsbahn 497½. Lombarden 358 a 356. Ital. Rente 43⅜. Mexikaner —. Vereinsbank 110⅝. Nordd. Bank 118¾. Rheinische Bahn 118½. Nordbahn 95¾. Altona-Kiel 128. Finnländische Anleihe 81. 1864er russ. Prämien-Anleihe 97⅜. 1866er russ. Prämien-Anleihe 92¼. 6 % Verein. St.-Anl. per 1882 69½. Diskonto 3 %.

Wien, 11. Dezember. [Schlußkurse der offiziellen Börse.] Ziemlich fest.

Neues 5 % steuerfr. Anlehen —, —. 5 % Metalliques 57, 10. 1854er Loose 75, 50. Bankaktien 676, 00. Nordbahn 170, 20. National-Anlehen 66, 30. Kreditaktien 184, 40. St.-Eisenbahn-Aktien-Cert. 242, 80. Galizier 205, 00. Czernowitzer 168, 75. London 121, 40. Hamburg 89, 50. Paris 48, 25. Frankfurt 101, 25. Amsterdam —. Böhm. Westbahn 148, 00. Kreditloose 129, 80. 1860er Loose 83, 30. Lombard. Eisenbahn 172, 00. 1864er Loose 75, 80. Silber-Anleihe 72, 75. Anglo-Austrian-Bank 108, 00. Napoleonsd'or 9, 71. Dukaten 5, 78. Silberkupons 119, 50.

London, 11. Dezember, Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank sind 30,000 Pfd. St. geflossen.

Konsols 92$\frac{15}{16}$. 1% Spanier 35$\frac{13}{16}$. Italienische 5 % Rente 45$\frac{11}{16}$. Lombarden 14¼. Mexikaner 15⅞. 5 % Russen de 1822 86½. 5 % Russen de 1862 85. Silber 60$\frac{1}{16}$. Türk. Anleihe de 1865 33⅜. 6 % Ver. St. pr. 1882 71$\frac{5}{16}$.

London, 11. Dezember, Nachmittags. [Anfangs-Kurse.] Konsols 92$\frac{15}{16}$, Amerikaner 71$\frac{11}{16}$, Italienische Rente 46$\frac{7}{16}$.

Der Hamburger Dampfer „Cimbria" wird wahrscheinlich erst nächsten Freitag seine Reise nach Newyork fortsetzen.

Paris, 11. Dezember, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3 % Rente 69, 50, Italienische Rente 55, 75, Lombarden 360, 00, Staatsbahn 511, 25, Kredit mobilier 175, 00. Fest.

Paris, 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Fest. Konsols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet.

Schlußkurse. 3 % Rente 69, 60. Italienische 5 % Rente 45, 95. 3 % Spanier —. 1 % Spanier —. Oestrichische Staatseisenbahn-Aktien 511, 25. Kredit-Mobilier-Aktien 175, 00. Lomb. Eisenbahn-Aktien 358, 75. Oestr. Anleihe de 1865 327, 50 p. cpt. 6 % Ver. St. pr. 1882 (ungestempelt) —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.